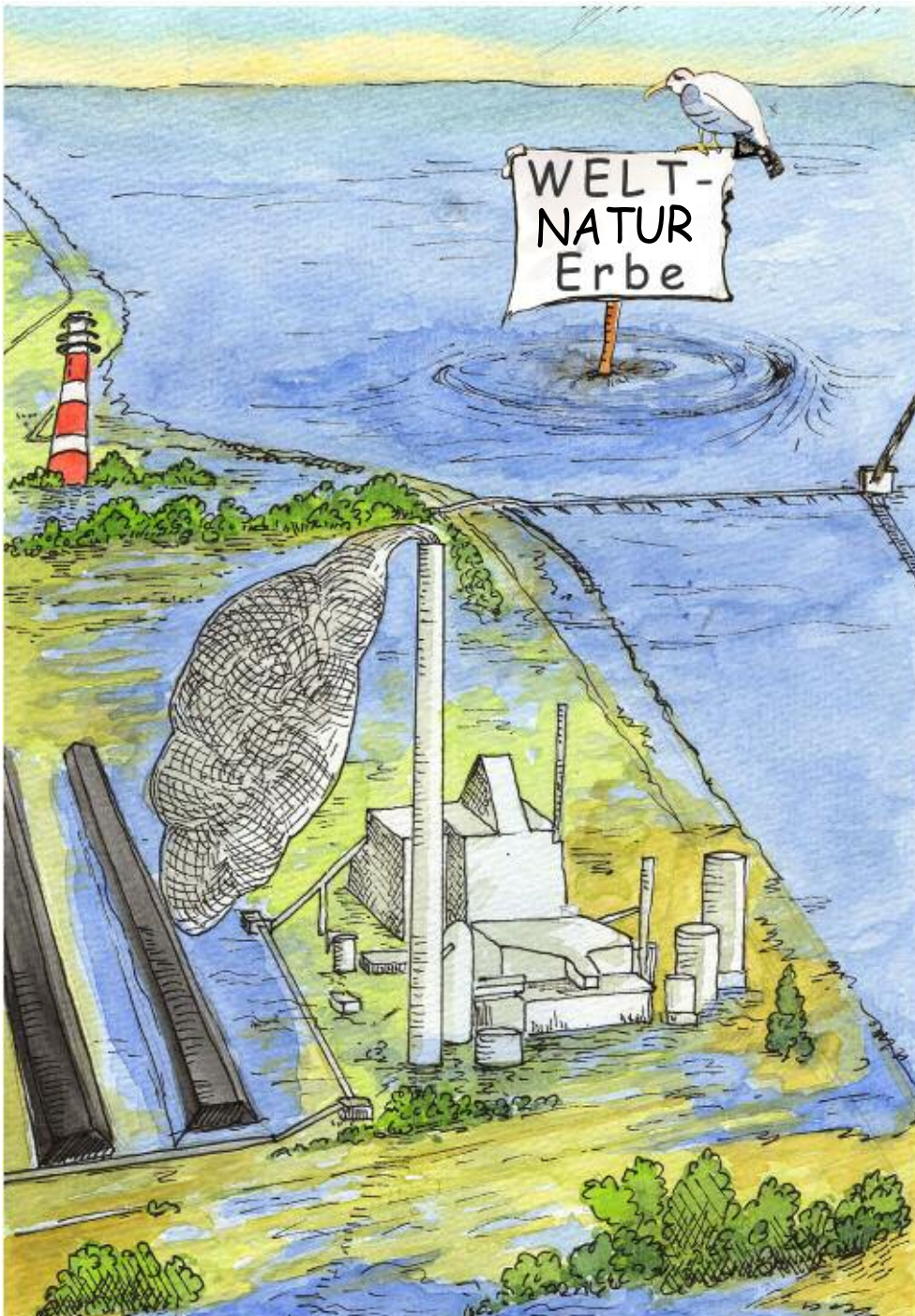


## In Treue fest ...

Wilhelmshaven geht seinen Weg unbeirrbar weiter - koste es, was es wolle. Bürger begehren dagegen auf – Seite 8 –



## Frohes Fest!

Die Landtagswahl 2008 bildet in diesem Gegenwind den Schwerpunkt. Auf Seite 2 versuchen wir, die Politik der Landesregierung an einigen ausgewählten Punkten zu bewerten. Viel Gutes haben wir allerdings nicht gefunden.

Wir stellten den Wilhelmshavener LandtagskandidatInnen 4 Fragen – die Antworten lesen Sie ab Seite 5.

In Wilhelmshaven hat sich eine Bürgerinitiative gegen die geplanten Kohlekraftwerke und für den Klimaschutz gegründet. Auf Seite 8 finden Sie unser Gespräch mit einem Vertreter der "Zecher Rüsterei Groden".

Wer war eigentlich Agnes Miegel? Gibt es außer den Frauen von Nidden noch weitere Gedichte von ihr? Wir wurden fündig. Auf Seite 10 gibt es gar nicht so Schönes über die Namensgeberin der Schule an der Warthestraße zu berichten.

Heutzutage braucht es großes Tamtam, exorbitante Technik und sogar eigens errichtete Spielstätten, um ein breites Publikum dauerhaft in den Musical-Hype von "Cats" & Co zu versetzen. Umso mutiger zeigt sich die Landesbühne, wenn sie einen hierzulande eher unbekanntes Stoff des Genres mit zwangsläufig bescheidenen Mitteln auf die Bretter bringt – mit eindrucksvollem Ergebnis. Lesen Sie Seite 11.

Sollte es tatsächlich legal möglich sein, Kindern Wohngeld zu gewähren, wenn deren Eltern nicht wohngeldberechtig sind? Auf Seite 12 finden Sie plausible Erklärungen für eine unplausible Sache.

Die Mieten bei der Wohnungsbau Jade steigen schon wieder. Einen Einblick in die Preispolitik der Jade gewähren wir auf Seite 13.

Noch mehr Landtagswahl: Zu einem Wahlkampf-Scharmützel entwickelte sich eine Veranstaltung des Stadtelternrates. Wie es ausging, steht auf Seite 15.

Titelbild: GRUPPO635

[www.gruppo635.com](http://www.gruppo635.com)

internet: [www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)



# Landtagswahl 2008

## Regierungsparteien werden Federn lassen, es bleibt aber wohl alles beim Alten

(hk/noa) In ca. 6 Wochen (27. Januar 2008) wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Die Meinungsumfragen geben momentan ein klares Bild: Ministerpräsident Wulffs CDU liegt da um einige Prozentpunkte hinter dem letzten Ergebnis bei 44% (2003: 48,3), die SPD bewegt sich langsam hoch Richtung 34% (2003: 33,4), die Grünen schwanken zwischen 7 und 10% (2003: 7,6), auch die FDP wird sich mit 6 – 7% (2003: 8,1) zufriedengeben müssen. Ob die Linke den Sprung über die 5%-Hürde schaffen wird, wird sich wohl erst kurz vor der Wahl entscheiden. Momentan gehen die Meinungsforscher von 4 bis 5% aus.

Wie soll man nun die vergangene Legislaturperiode bewerten? Es gab viele entscheidende Einschnitte. Wir werden uns im Folgenden auf einige wenige Aspekte der Wulffschen Regierungszeit beschränken müssen.



### Wulff im Schafspelz

Christian Wulff ist der eigentliche Knackpunkt und gleichzeitig der größte Trumpf der CDU, denn es steht zu befürchten, dass viele Niedersachsen am 27.1.2008 vor allem zu einer Personenwahl schreiten. Er spielt den ewig lächelnden und völlig unverdächtigen Landesvater. Als Kabinettschef hätte er eigentlich mal auf den Tisch hauen müssen, um Profil zu zeigen, sei es bei Klopsern von Wirtschaftsminister Walter Hirche, wie dem Vergabeskandal um den JadeWeserPort, sei es bei den peinlichen Auftritten seines Umweltministers Sander. Vermutlich tut er das auch - hinter den Kulissen. Doch Wulffs medienwirksames Profil besteht darin, dass er keines hat. Indem er öffentlich keine klare Position zu wirklich schwierigen Themen bezieht, macht er sich unangreifbar: Keiner kann ihm vorwerfen, er sei schuldig, wenn etwas endgültig in die Hose geht. Gleichzeitig kann er sich unkritische Erfolge seiner Ministerriege aufs Hemd schreiben, ohne etwas zu riskieren.

Ein politikmüdes Wahlvolk liebt einen Landesvater, der sich aus der Politik heraushält. Und das bereitet seinem Kontrahenten Wolfgang Jüttner wirklich Bauchschmerzen. Auch er ist der nette Schwiegersonnyp, wengleich älter und erfahrener, aber Jüttner hat sich in der vorletzten Legislaturperiode, in der er den Umweltminister gab, schon abgearbeitet, hat Ecken und Kanten, die Wulff abgehen. Jüttner ist ein überdurchschnittlich begnadeter Redner, Wulff ist nichtssagend, auch wenn er etwas sagt, aalglatt. Gerade sein kuscheliger Schafspelz macht ihn so gefährlich, aber wer sieht das schon?

Beispielgebend für die schwarzgelbe Politik der letzten Jahre wollen wir uns die Arbeit des Umweltministers Sander ansehen.

### Umweltpolitik

Warum ein "Nobody" wie Hans Heinrich Sander jemals Umweltminister in Niedersachsen wurde, wusste im Jahre 2003 schon die Frankfurter Rundschau nicht. Dort vermutete man, dass dieser sich "an die Führer der Koalitionsverhandlungen zwischen FDP und CDU hängte", und dass die Pulle nach einer

Art politischen Flaschendrehs irgendwann mangels weiterer Mitspieler auf Sander zeigte.

Für den gelehrten Landwirt, der später aufs Lehramt umsattelte, war das Umweltministerium nur die zweite Wahl nach dem Landwirtschaftsministerium. "Weil die CDU das aber in dem agrarisch geprägten Flächenland nicht herausrücken und Sander Minister werden wollte, blieb am Ende nur das Umweltressort übrig ... In den Augen der Grünen im niedersächsischen Landtag wird mit der Berufung des FDP-Politikers zum Umweltminister 'der Bock zum Gärtner gemacht'. Schließlich sei Sander 'Lobbyist der konventionellen Landwirtschaft.'" (taz 25.2.2003) Seine Politik ist zwar von keinerlei Sachkenntnis getrübt, dafür aber durch seine unverhohlene persönliche Abneigung gegen den haupt- und ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutz. Laut MdL Hans-Dieter Haase (SPD, Rede vom 15.12.2004) soll Sander "bei einer Veranstaltung des Zentralverbandes der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen ... sinngemäß gesagt haben: Der Naturschutz habe ihm in der Vergangenheit sehr weh getan. Dafür werde er ihn fertig machen, auch wenn ihn das am Ende seinen Job koste."

Bekannt wurde Sander durch peinliche Auftritte wie im Dezember 2003 beim Schacht Konrad, als er sich von den Medien in einem Shirt mit dem Symbol für Radioaktivität und der Aufschrift "kerngesund" ablichten ließ. Ein Schlag ins Gesicht aller Opfer atomarer Strahlung in Tschernobyl und anderswo, und eine untragbare Verharmlosung eines höchst sensiblen Themas der Umweltpolitik.

Nicht nur peinlich, sondern auch rechtswidrig sein Auftritt mit der Kettensäge in der Kernzone des Biosphärenreservats Elbtalau. Vorschriftsmäßig war dabei nur sein Schutzanzug. Die EU-Kommission leitete daraufhin erste Schritte eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland ein. Sander hatte zuvor die Eigentümer der betroffenen Auen (und die müssen es seiner Ansicht nach ja am besten wissen) zum Abholzen aufgefordert. Als die sich weigerten, machte Sander eigenhändig und ohne Genehmigung in diesem europäischen Schutzgebiet einer Weide den Garaus, als Auftakt für geplante umfassende Abholzaktionen, denn angeblich behindern Auengehölze den Abfluss bei Hochwasserereignissen. Dass die sich mehren, hat aber andere Ursachen. Während Fachleute auch aus dem Küsten- und Hochwasserschutz bereits laut darüber nachdenken, den Wassermassen wieder natürlichen Raum zu geben, statt sie weiter ins Korsett von Deichen und Sperwerken zu

zwängen, und andernorts schon rückgeleitet wird, macht die Politik in Niedersachsen weiter wie bisher. "Die Vorschriften des Umwelt- und Naturschutzrechts sind auch dazu da, dass ein Umweltminister Sander sie beachtet. Die heutige Aktion zeugt von einem bedenkenlichen Rechts- und Amtsverständnis dieses Mannes", so Cornelia Ziehm von der Deutschen Umwelthilfe ("junge Welt" v. 30.11.2006)

Doch Sander kümmert sich wenig um europäische Verpflichtungen, auch was die Meldung von Flächen für das Schutzgebietsnetz NATURA 2000 angeht: "Diese ewigen Drohungen mit der EU. Wir sollten eine Nichtmeldung riskieren. Soll die EU doch die Bundesrepublik verklagen, das sollten wir mal testen." (Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 20.07.04, "Sander ist der Störfall für das Landeskabinett") Aus der Rede zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten in Benersiel (31.10.2006): "Wir werden der Aufforderung zur Nachmeldung von Vogelschutzgebieten im fachlich gebotenen Maße nachkommen. Dabei werden wir nicht im vorausseilenden Gehorsam alle Flächen melden, die selbsternannte Umweltschützer für meldenswert halten ... In meinem Wahlkreis Holzminden werden ca. 17.000 Hektar als Vogelschutzgebiet nachgemeldet - dabei wurde sogar vor den landwirtschaftlichen Flächen meiner Frau nicht Halt gemacht, die mitten in diesem Gebiet liegen." Ach so.

Naturnutzer wie Landwirte, Jäger und Angler sind für ihn die einzig wahren Naturschützer, und ihnen schreibt er auch (angebliche) Erfolge im Artenschutz zu (HAZ 24.8.2007) und adelt sie mit seiner Umweltnadel. "Die Landwirte sind die besten Umweltpolitiker, die es gibt. Sie erben ein Stück Land und geben es besser weiter." (Rotenburger Rundschau 15.4.2007) Was an ausgeräumten Agrarsteppen und Mais-Monokulturen "besser" ist als strukturreiche Kulturlandschaften, bleibt sein Geheimnis. Seiner Ansicht nach sind konventionelle, intensive Wirtschaftswesen kein Problem für geschützte Arten und Biotope, auch nicht der ungezügelte Tourismus. Er verweist dabei auf den "Serengeti"-Effekt: Wenn Großwild im Safaripark sich an die Besucher gewöhnt, dann haben empfindli-



**Herausgeber:** GEGENWIND-Verein  
**Postanschrift:** GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

**Redaktion:** Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Imke Zwoch;  
**Druck:** Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 12.12.2007

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*

che, vom Aussterben bedrohte heimische Vogelarten das gefälligst auch zu tun. In Wirklichkeit ist es vor allem dem Engagement zahlloser Ehrenamtlicher zu verdanken, dass Goldregenpfeifer & Co. sich noch nicht ganz aus Niedersachsen verabschiedet haben. Genau diesen Engagierten drehte Sander den Hahn ab: Die institutionelle Förderung für die vier unabhängigen, fachlich anerkannten niedersächsischen Umweltverbände (NABU, BUND, Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz – LBU – und der Naturschutzverband Niedersachsen) wurde 2005 ersatzlos gestrichen.

Auch im hauptamtlichen Naturschutz wurden funktionierende Strukturen zerschlagen, darunter das Landesamt für Ökologie (NLO), das über Jahre fachkompetente Grundlagenarbeit geleistet und belastbare Ergebnisse und Statistiken zum Arten- und Landschaftsschutz geliefert hatte. Mit den Bezirksregierungen wurden auch die dortigen oberen Naturschutzbehörden aufgelöst und damit die Fachaufsicht für die nachgeordneten kommunalen Naturschutzbehörden. Die Mitarbeiter wurden dem neuen, riesigen Landesbetrieb für Küstenschutz, Wasserwirtschaft und Naturschutz zugeschlagen, etwa 400 Stellen sollen auf Dauer gestrichen werden. Viele Aufgaben wurden den Landkreisen übertragen, die dafür gar nicht die erforderlichen Kapazitäten haben. In einem Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU, 2007) zur Umweltverwaltung in den Bundesländern landete Niedersachsen auf dem letzten Platz. (HAZ 9.5.2007)

Dass es Sander vor allem um Subventionen für die Landwirtschaft geht und nicht um nachhaltigen Naturschutz, belegt folgende Aussage: "Der Bewirtschafter muss die Garantie haben, dass er nach Ablauf des Vertrages seine Flächen wieder wie bisher bewirtschaften kann und nicht Gefahr läuft, für die Beseitigung eventuell entstandener Biotope Ausnahmegenehmigungen einholen zu müssen." (Rede zur Jahreshauptversammlung vom Kreislandvolkverband Friesland e.V., 03.03.2005) Solche Biotope entstehen nicht von heute auf morgen, die Steuergelder für Ausgleichszahlungen sind also eine langfristig kalkulierte Wertanlage und kein Taschengeld, das ein Landwirt nach eigenem Belieben kassieren kann.

Ins gleiche Horn stößt der Antrag von CDU und FDP vom 8.6.2005 "Kriminalisierung der Landwirtschaft beseitigen - Bauernspione abschaffen": Mit dem Projekt des Umweltbundesamtes, auf gewässernahen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen unangekündigt Untersuchungen vorzunehmen, um Fehlverhalten der Landwirte bei der

Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfassen zu können, würde "ein ganzer Berufsstand kriminalisiert." Wenn jede Kontrolle gleich Kriminalisierung bedeutet, müssten folgerichtig auch Finanz- oder Gewerbeaufsichtsamter abgeschafft werden.

Dabei hatten sich Naturschützer und -nutzer über die Jahre ganz gut zusammengerauft. Kooperationen zu Wiesenvogel- oder Moor- schutz gab es schon lange vor Sander, und selbst beim sensiblen Thema Küstenschutz hatte man sich auf gemeinsame Grundsätze geeinigt, die beiden Belangen Rechnung tragen sollten – und die Sander wieder kippte. Auch in der Elbtalau "hatten Wasserwirtschaftler und Naturschützer gerade einen Burgfrieden geschlossen" (Die ZEIT 18.1.2007), als Sander zur Kettensäge griff. Mit seiner Polarisierung zwischen Nutzern, die per seiner Definition kompetent, und Schützern, die es nicht sind, hat er jeden Ansatz zu einem gesellschaftlich getragenen ökologischen Konsens vernichtet.

Schlechte Umgangsformen zeigt Sander auch gegenüber anderen, die nicht nach seiner Pfeife tanzen. So schalt er Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, bei einer öffentlichen Veranstaltung als "korrupte Bande" und "undemokratischen Haufen" ... Der Minister konnte sich auf spätere Nachfrage der Grünen im Landtag an seine Aussprüche nicht mehr erinnern, mehrere Tagungsteilnehmer bezeugten diese jedoch. "Ein Tonbandmitschnitt der Tagung könnte Klärung bringen, liegt aber unter Verschluss". ("taz" vom 16.12.2003) Große Fragezeichen hinterlässt auch Sanders Personalpolitik. So servierte er in kurzem Abstand gleich zwei hochrangige weibliche Führungskräfte ab und ließ sie durch Männer ersetzen. Auch die Abteilungsleiterin im Ministerium hatte nur eine kurze Halbwertszeit. Sanders Rollenverständnis: "Als gelernter Landwirt ist für mich die Kettensäge ein Werkzeug wie für den Maurer die Kelle und für die Hausfrau der Einkaufswagen." (Rotenburger Rundschau 15.04.2007)

Für die Opposition ist Sander "das Zerrbild eines Vorbildes", er trete "die Belange der Umwelt mit Füßen", er verbreite Vorurteile und vergifte die politische Landschaft, er zerschlage die Umweltverwaltung und er unterschreite "die parlamentarischen Mindeststandards". (HAZ 23.3.2006) "Es dürfte ein einmaliger Vorgang sein, dass ein Minister seinen eigenen Geschäftsbereich aus ideologischen Gründen gezielt schädigt." (SPD-Landtagsfraktion 11.06.04)

Sander selbst würde gern noch zehn Jahre mit alledem weitermachen. Und wenn sich bei der kommenden Wahl wieder eine schwarz-gelbe Mehrheit abzeichnet, könnte dieser Albtraum wahr werden.

### Verwaltungsreform

Der größte Paukenschlag der schwarz-gelben Landesregierung war die sogenannte Verwaltungsreform. Im Zentrum stand dabei die Auflösung der vier Bezirksregierungen. Diese waren im Flächenland Niedersachsen 1978 wohlweislich geschaffen worden, um Kompetenzen zu bündeln, regionale Interessen gegenüber der entlegenen Landeshauptstadt besser vertreten zu können und kurze Wege für BürgerInnen und Unternehmen zu schaffen. Die RegierungspräsidentInnen waren über die Anliegen und Bedürfnisse ihrer Region besser informiert, als es ein Ministeri-

**KULTUR - KOMMUNIKATION**



**WHV Zentrum**  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
**MUSIK FÜR DICH**

---

**Frühstücken - Parties - Konzerte**

Freitag **GLOOMY FRIDAY**  
7.12. EBM-80's-DarkWave&Gothic Night



**26.Dezember**  
**DEICHDREAD**  
**Soundsystem**

**Do. 27.Dezember** 21 Uhr  
**Die Mimmis**

---



**18.Januar 2008**  
**SO-FA KINGS**

[www.kling-klang-whv.de](http://www.kling-klang-whv.de)  
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen

alapparat in Hannover je sein könnte. Zudem waren durch diese Mittelinstanz fachliche und politische Interessen deutlicher entkoppelt als bei einer zentralen Führung. Für den Regierungsbezirk Weser-Ems, der geografisch wie wirtschaftlich stets im Abseits stand, war dies von besonderer Bedeutung.

Mitnichten wurstelte man unreflektiert vor sich hin, denn Aufgabenkritik und Anpassung an aktuelle Anforderungen gab es bereits bei der Vorgänger-Regierung. All das hinderte die schwarz-gelbe Landesregierung nicht daran, ihr populistisches Wahlversprechen zur Abschaffung dieses angeblich aufgeblähten Behördenapparates umgehend einzulösen. Bestehen blieb jeweils ein Kern der "Regierungsvertretung" (vorher waren es fachlich orientierte Verwaltungseinheiten, jetzt sind es Referate des Innenministeriums), die übrigen Mitarbeiter wurden umverteilt oder in den Vorruhestand geschickt. Küstenschutz, Wasserwirtschaft und Naturschutz wurden zu einem neuen Riesenapparat mit elf Betriebsstellen zusammengefasst.

Zur Abwicklung der "Reform" wurde als erstes ein Extra-Staatssekretär mit exorbitantem Gehalt eingestellt. Die versprochenen Ersparnisse vermisste nicht zuletzt der Landes-

**Betreutes  
Weihnachten  
BAVARIA KRUG**

Seit 1913!



rechnungshof, wie auch Kommentator Marco Seng (NWZ / WZ 78.04) feststellte: "... hinter den Kulissen wird an dem umstrittenen Prestigeprojekt der Landesregierung gedreht und gelogen, bis es den Vorgaben entspricht. Und was dann immer noch nicht passt, wird offenbar passend gemacht ... Bemängelt wurde vor allem die fehlende Abschätzung der Folgekosten ... Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich das Motto Wahrheit und Klarheit auf die Fahnen geschrieben. Die Verwaltungsreform scheint davon ausgenommen ... Man würde der Koalition den Mut zur Umkehr wünschen. Aber damit ist kaum zu rechnen. Die Bürger werden die Zeche für die verkorkste Reform zahlen müssen."

Vertreter der Wirtschaft lobten posthum die Effizienz der Bezirksregierungen bei Verfahren für Investitionsvorhaben und befürchteten schon frühzeitig, dass nun die Wege für sie deutlich länger würden. Das Wilhelmshavener Handwerk protestierte gegen Streichungen im Baumanagement, weil der Rückgang von Aufträgen befürchtet wurde (WZ 26.2.2004). "Umwelt- und Naturschutz in Niedersachsen werden die Verlierer der Verwaltungsreform sein. Aber auch für die Wirtschaft wird die Abschaffung der Bezirksregierungen erhebliche negative Folgen haben – etwa bei der Genehmigung umweltrelevanter Großinvestitionen", prognostizierte die SPD-Landtagsfraktion bereits am 30.8.2004. Fachleute verschiedenster Richtungen sind überzeugt, dass es mit der Bezirksregierung als Bündelungsbehörde das skandalöse Vergabeverfahren um den JadeWeserPort nicht gegeben hätte.

"Auch die Schuld für die verzögerte Reaktion der Niedersachsen beim Elbe-Hochwasser 2006 liegt laut dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (bei der Bundesregierung) im Ende der Bezirksregierungen. Den Ländern am Oberlauf des Flusses hätten Ansprechpartner wie die einst zuständige 'Mittelbehörde' gefehlt, Sanders Ministerium habe mangels Experten 'erst beim Bundesamt für Gewässerkunde nachfragen müssen', um die 'Hochwassermeldungen der Oberanlieger richtig interpretieren zu können', heißt es in der Studie." (faz Nord vom 14.3.2007)

Mit den Bezirksregierungen wurden auch deren starke Personalvertretungen beseitigt.

Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht mehr ausgeschlossen. Aufgaben und Erwartungen werden täglich mehr, doch Etliche sitzen in den neuen Behörden mit "Kann-weg-fallen"-Vermerk. Vormalig selbstbewusste und hoch motivierte MitarbeiterInnen, die sich als starkes Team begriffen und sich aus Überzeugung für ihre Region engagierten, sind nun zu ängstlichen Staatsdienern ohne Entscheidungskompetenz und mit ungewisser Zukunft degradiert.

### Schulpolitik

Niedersachsens Kultusminister ist nicht vom Fach. Das müsste normalerweise nicht schädlich sein. Es gab auf Bundesebene und auch in allen Bundesländern schon sehr gute Fachminister, die das, wofür sie zuständig waren, nicht ursprünglich gelernt hatten, die sich aber eingearbeitet haben und/oder fachkompetente Staatssekretäre hatten. Bernd Busemann ist Jurist, und er leidet an professioneller Deformation; mehr noch aber leidet das niedersächsische Schulwesen unter Busemanns professioneller Deformation. Man muss nur anordnen und kontrollieren, dann wird alles besser, davon geht Busemann aus und danach richtet sich sein Handeln.

Und dabei ist er gründlich. "Der gesamte Schulbereich ist einmal umgegraben worden", sagte Wilhelmshavens StER-Vorsitzender Bernd Rahlf jüngst, und das stimmt.

Schon in der Mitte von Busemanns Amtszeit beklagten sich Lehrkörper und Leitungen vieler Schulen über die Fülle und das rasche Aufeinanderfolgen von Veränderungen. Angefangen hat es mit der Abschaffung der Orientierungsstufe. Diese Schulform war bei zahlreichen SchülerInnen und Eltern unbeliebt, und ihre Abschaffung war auch vielfach gefordert worden, weil sie eine Dauerprüfungssituation von zwei Jahren Dauer darstellte, entschieden doch die Noten in Klasse 5 und 6 und damit die Schullaufbahneempfehlungen der OS-Lehrkräfte über die weitere schulische Laufbahn der Kinder. Viel zu früh, denn im Alter von 10 bis 12 Jahren befinden sich die meisten Kinder in einer Entwicklungsphase, in der man noch unmöglich voraussagen kann, wie sich ihr Leistungs- und Lernvermögen entwickeln wird. Busemanns erster Schlag war die Vorverlegung dieser Richtungsentscheidung in die ersten vier Schuljahre. Nicht in Richtung Verlängerung der gemeinsamen Förderung ging die Reform, sondern die Selektion nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium wurde aufs Ende der 4. Klasse vorverlegt.

Und schon in den Grundschulen, bei den 6- bis 10-Jährigen, tobt sich nun Busemanns Transfer juristischen Denkens auf die Pädagogik aus. Wenn man SchülerInnen ständig überprüft, dann leisten sie mehr, glaubt Busemann. Und so gibt es schon in der dritten Klasse zentrale Deutsch- und Mathetests – mit dem Ergebnis, dass die Kinder Druck empfinden, der ihre Neugierde und ihren Lernwillen behindert, und dass die Lehrkräfte Druck empfinden, der sie immer wieder dazu veranlasst, Kinder nicht zu fördern, sondern auf die Überprüfungsarbeiten zuzurichten. Und so zieht es sich durch bis zum Zentralabitur.

Das kommt künftig schon nach Klasse 12. Dafür wurden die Unterrichtsstunden eines ganzen Schuljahres auf die einzelnen Klassenstufen aufgeteilt. Für GymnasiastInnen ist

seither der Nachmittagsunterricht nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Wenn die letzten GymnasiastInnen des Modells Abi 13 in die Prüfung gehen, dann werden gleichzeitig die ersten des Modells Abi 12 dran sein. Wir werden dann in diesem Jahr in Niedersachsen die doppelte Anzahl junger Menschen haben, die zu den Hochschulen oder in ihrem Schulabschluss gemäßige Ausbildungs- und Arbeitsstellen drängen werden. Die zusätzlichen Lehrerstunden, die unsere Schulen durch die Einstellung von Lehrkräften bekommen haben, gehen in das Projekt Abi 12 statt in eine ausreichende Unterrichtsversorgung aller Schulen.

Das Prinzip "Kontrolle zur Verbesserung der Qualität" trifft nicht nur die SchülerInnen. Die Schulinspektion mit der regelmäßigen Überprüfung der Arbeitsweise der Schulen, als Instrument der Qualitätssteigerung gepriesen, führt ebenso wie die zentralen Überprüfungsarbeiten zur "Saisonarbeit": Für den Besuch der Inspektoren legt man sich mächtig ins Zeug und zeigt tollen Unterricht – was davon nach überstandener Überprüfung weiter praktiziert wird, steht in den Sternen.

Dass die schwarz-gelbe Schulreform hauptsächlich der Verteidigung der Privilegien "bildungsnahe Schichten" dient, zeigt sich auch am Neugründungsverbot für integrierte Gesamtschulen. Wulffs Zugeständnis neulich, bei nachgewiesenem Bedarf Ausnahmen zulassen zu wollen, scheint lediglich Wahlkampfgerede gewesen zu sein. CDU und FDP haben die letzte Gelegenheit in dieser Legislaturperiode, das Schulgesetz entsprechend zu ändern, nicht genutzt. Es wäre lediglich die Streichung eines Satzes, eines Halbsatzes und eines Wortes aus dem Schulgesetz erforderlich gewesen, doch die schwarz-gelben Abgeordneten stimmten geschlossen dagegen.

Großes Trara wurde auch um den Legasthenie-Erlass gemacht. Sogar die Rechenschwäche sei im niedersächsischen Erlass (im Unterschied zu den entsprechenden Erlassen in den meisten anderen Bundesländern) berücksichtigt, lautete das Eigenlob. Betroffene Kinder und Eltern erleben den Erlass jedoch nicht als Hilfe. Der Verzicht auf die Benotung von Diktaten und stattdessen eine individuelle Würdigung der bisherigen Lernfortschritte sind lediglich als Kann-Bestimmung vorgesehen, und so kassieren rechtsschreibgestörte Kinder regelmäßig ihre Sechsen.

Der letzte Streich ist die "Eischu". In der eigenverantwortlichen Schule verliert die Gesamtkonferenz, die ohnehin schon nur eine demokratische Spielwiese war, ihre wenigen Befugnisse und fristet ein verkümmertes Dasein neben dem Schulvorstand. Der soll u.a. die finanziellen Mittel für Betreuung und besondere Angebote der jeweiligen Schule von Sponsoren einwerben – wie lange wird es wohl noch dauern, bis T-Shirts mit Coca-Cola-Werbung auch bei uns zur Schuluniform werden? ☐

**Wir lassen diesmal die Kandidatinnen der in Wilhelmshaven zur Landtagswahl wählbaren Parteien zu Wort kommen. Wir stellen allen Kandidatinnen die gleichen 4 Fragen – auf den nächsten Seiten nun die Antworten.**

# Günstiges Baugeld

## Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
VPV-Geschäftsstelle \* Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE



**Kandidat der Grünen:  
Werner Biehl**

### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Den "größten Erfolg" zu benennen, würde bedeuten, dass man unter mehreren Erfolgen einen "größten Erfolg" herausfiltern könnte. Da wir auf allen Gebieten Alternativen anbieten können, bedeutet das automatisch, dass wir auf eben allen Gebieten mit dem, was die Landesregierung zu bieten hatte nicht zufrieden sind! Also: kein "größter Erfolg"!

### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Die Minister Hirche und Sander haben den Jade-Weser-Port verbockt! Die arme Rohrdommel musste 2 Jahre lang dafür erhalten, dass die EU-Richtlinien für den Vogelschutz in den entsprechenden Grodenflächen schlicht und einfach nicht ernst genommen wurden. Frühzeitige diesbezügliche Warnungen meinerseits aus dem Jahre 2001 gab es schriftlich. Jetzt sitzen sie da und suchen die Schuldigen an anderer Stelle.

Dieses verzweifelte Klammern an ein völlig antiquiertes Bildungssystem! Das Dreigliedrige Schulsystem dient nicht der Bildung aller Landeskinder, sondern ausschließlich der Verteidigung vorhandener Privilegien "bildungsnaher Bevölkerungsschichten". Eine frühe Förderung "Marke Finnland" und eine enge Verzahnung und Vernetzung des Bildungssystem mit dem Bereich sozialer Förderung ließe ja mächtig Konkurrenz gegenüber den eigenen Sprösslingen wachsen.

### **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Der wichtigste Faktor ist die radikale Umstellung des Bildungssystems. Gut geförderte und entsprechend eigener Fähigkeiten optimal entwickelte Kinder sind die Basis für die Zukunft des Landes. Dies würde dem Land erhebliche Sozial- und Knastkosten sparen – 10 Prozent Schüler ohne Schulabschluss pro Jahr sind genug!

### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

Wilhelmshaven würde bei einer radikalen Umstellung des Bildungssystems massiv profitieren. Die Kosten für den Bereich der Erziehungshilfen sind extrem hoch. Dies frisst mögliche freie Finanzspitzen in jedem Jahr auf. "Nur die Bildung eines Volkes garantiert den wirtschaftlichen Erfolg".

Als zweitwichtigster Punkt für die neue Legislaturperiode ist die Verhinderung der Kohlekraftwerke zu nennen. Es kann nicht sein, dass überall in der Republik um neue Energieformen gekämpft wird, Programme zur Energiereduzierung, zur alternativen Energieerzeugung entwickelt werden, und Wilhelmshaven reißt sich darum, Standort für neue Kohlekraftwerke zu werden? CO2 spielt für die Wilhelmshavener Großparteien keine Rolle - weil es als "nicht giftiges Gas" für die Untersuchungen keine Rolle spielt! Welche Kurzsichtigkeit. Völlig daneben scheint mir die gesamte Kühlungs Betrachtung zu sein. "Unbedenklich" soll es sein, wenn durch 4 m dicke Rohre jede Stunde eine halbe Million Kubikmeter warmes Wasser in die Jade strömt. Diese massive "Zukunftsinvestition", die mit "modernster Technik" doch nur eine aufgemotzte uralte, antiquierte Methode zur Energiegewinnung darstellt, muss verhindert werden! Arbeitsplätze für Wilhelmshavener ent-

stehen nur in mittelständischen Unternehmen Wilhelmshavens! Die Handwerker, die die Häuser isolieren, sanieren, abdichten, neue Heizungen und Fenster einbauen, Solaranlagen auf die Dächer bringen - das sind die Arbeitsplätze der Zukunft!

Grüne Politik hat sich schon immer um Klimaschutz, Umweltschutz bemüht. Dies ist und bleibt ein Standbein grüner Politik!

**DIE LINKE.**

**Kandidatin Die Linke  
Anette Nowak**

### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Alle Erfolge der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, mit denen die beiden Regierungsparteien sich brüsten, sind große Erfolge – es fragt sich nur: Für wen? Die Landesregierung hat ganz hervorragend für das Kapital gearbeitet. Aber am beachtlichsten finde ich doch, in was für einem Tempo und wie gründlich sie das niedersächsische Schulwesen in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückgebracht hat. Das ist rekordverdächtig.

### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Die Auflösung der Bezirksregierungen hat erhöhte Verwaltungsaufwand gebracht, ohne Geld einzusparen – was ja angeblich das Ziel war. Es war schlichtweg ein Akt der Zentralisierung.

Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit hat es den Kindern aus mittellosen Familien noch schwerer gemacht, Schulerfolg zu haben. Alle Elemente der Schulreform – wobei es Hohn ist, das eine "Reform" zu nennen – haben den meisten SchülerInnen und LehrerInnen das Leben sehr erschwert und uns vom Ziel einer verbesserten Bildung weiter entfernt.

Die Industriepolitik der Landesregierung erfolgt ohne jede Berücksichtigung des Umweltschutzes. Wenn ich daran denke, dass ein Landesumweltminister sich stolz beim Absägen eines Baumes ablichten lässt..!

Was Niedersachsen aus dem Innenministerbeschluss in Sachen Bleiberecht für MigrantInnen gemacht hat, ist unmenschlich. Die betreffenden Menschen können jetzt noch leichter abgeschoben werden.

### **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Die Bekämpfung der Armut! Wir haben in Niedersachsen etwa 380.000 als erwerbslos gemeldete Menschen; tatsächlich sind es noch viel mehr. Die meisten von ihnen leben auf niedrigstem Niveau; ihnen ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Hartz IV muss weg. DIE LINKE im Landtag wird sich für den dafür notwendigen Politikwechsel auf Bundesebene in Form einer Bundesratsinitiative einsetzen. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in allen Branchen durchsetzen. Wir fordern öffentlich geförderte Beschäftigung. Die Rücknahme der Schul"reform"! Wir wollen eine gebührenfreie Bildung für alle vom Kindergarten bis zur Universität. Und alle sollen gleichermaßen gefördert werden. Das dreigliedrige Schulsystem ist überholt und gehört abgeschafft. Alle Kinder sollen von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam beschult werden.

Schluss mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums! Was zur Daseinsvorsorge gehört und notwendig ist, darf nicht privaten Profitinteressen ausgeliefert sein. Wohnen, Bildung,

Mobilität, Versorgung mit Energie und Wasser, Gesundheitsversorgung und Pflege, das sind Bedürfnisse, deren Erfüllung in öffentlicher Hand sein muss, um sie für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel zu garantieren.

### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

Auch hier muss Schluss sein mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir sehen an der Entwicklung der Mieten bei der Wohnungsbaugesellschaft Jade, wohin es führt, wenn die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse von Kapitalgesellschaften abhängig ist. Die Stadt plant, weitere Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Form des PPP-Modells der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Das darf nicht sein.

Die Arbeitsloseninitiative muss finanziell unterstützt werden. Die gegenwärtige Landesregierung hat die Förderung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen gänzlich abgeschafft, was hier in Wilhelmshaven und Umgebung zu einer Einschränkung der Beratung geführt hat. Das muss umgekehrt werden.

Die Zukunft Wilhelmshavens als Ort, wo man leben kann, muss gesichert werden. JadeWeserPort, Kohlekraftwerke, Chemiepark etc. – die Entwicklung geht dahin, dass die Nordseeküste das Industriegebiet der Zukunft werden soll. Der Tourismus würde das nicht überleben. Wir wollen diese Entwicklung aufhalten. Deswegen unterstützt DIE LINKE Wilhelmshaven die Bürgerinitiative Zeche Rüsterei Groden in ihrem Bestreben, die Ansiedlung weiterer Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven zu verhindern.



**Kandidat der CDU:  
Dr. Uwe Biester**

### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Der größte Erfolg der Landesregierung besteht in der Konsolidierung der Landesfinanzen – bei gleichzeitigem Ausbau wichtiger Aufgaben. Es ist uns gelungen, den Trend zu immer mehr Schulden umzudrehen. Das bedeutet, dass wir in absehbarer Zeit keine neuen Schulden mehr machen werden. Zur strikten Ausgabendisziplin gehört aber auch, deutliche Akzente dort zu setzen, wo es nötig ist. Ich freue mich darüber, dass ich mithelfen konnte, die Bedeutung des Wilhelmshavener Jade-Weser-Ports für das ganze Land Niedersachsen herauszustellen – mit der Folge, dass für dieses wichtige Vorhaben mehr Geld zur Verfügung gestellt wurde, als von der Vorgängerregierung eingeplant war. Wichtig war außerdem, dass die Bereiche Sicherheit sowie Bildung/Familie und Forschung/Entwicklung verstärkt wurden. Zu den ganz großen Erfolgen der Landesregierung gehört außerdem, dass ihre Arbeit von Berechenbarkeit und Verlässlichkeit geprägt ist.

### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Einen Misserfolg der Landesregierung hat es nicht gegeben.

### **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Wir müssen weiter eine solide Finanzpolitik machen, damit wir nachfolgenden Generationen nicht immer neue Schulden- und Zinslasten aufbürden. Wichtig ist außerdem eine Stärkung der Wirtschaftskraft durch kluge Investitionen in die Förderung von Bildung sowie Forschung und Entwicklung.



### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

An erster Stelle steht der Bau des Jade-Weser-Ports. Ich werde als Abgeordneter alle Kraft dafür einsetzen, dass dies Projekt trotz aller Diskussionen keinen Schaden nimmt. Wir brauchen die zusätzlichen Arbeitsplätze mehr als dringend – und zwar nicht nur im Hafensbereich selbst, sondern auch im wirtschaftlichen Umfeld des Hafens. Außerdem muss und wird die Landespolitik die industrielle Weiterentwicklung in der Region Wilhelmshaven unterstützen. Dabei geht es unter anderem um die geplante und notwendige Modernisierung der Raffinerie, aber auch um die weitere Sicherung der anderen chemischen Betriebe. Froh bin ich in diesem Zusammenhang darüber, dass es bei diesem Thema keine Gegensätze zwischen Industrie und Tourismus mehr gibt. Die Vergangenheit hat deutlich gemacht, dass beides nicht nur gut nebeneinander existieren kann, sondern dass der Bereich Gastgewerbe durchaus von wirtschaftlichen Entwicklungen wie dem Bau eines Super-Hafens profitieren kann.



Kandidatin der FDP:  
**Susanne Bauemeister**

### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Einer der größten Erfolge der Landesregierung liegt darin, dass sie sofort im Jahr des Regierungswechsels 2003, gemäß ihrem Wahlversprechen, mit einer aktiven Haushaltskonsolidierung begonnen hat. Die FDP hat die Haushaltssanierung zu einem Schwerpunkt der Legislaturperiode gemacht. Seitdem wird die Kreditaufnahme um mindestens 350 Mio. Euro jährlich gesenkt, sodass die Neuverschuldung im Jahr 2008 mit 600 Mio. Euro auf den niedrigsten Stand seit 1973 sinken wird. Erreicht werden konnte dies durch eine disziplinierte Haushaltspolitik, durch Maßnahmen wie z. B. die Verwaltungsreform und die Personalkostenreduzierung. Auch die steigenden Steuereinnahmen - Niedersachsen hatte im ersten Halbjahr 2007 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer seit 1999 - haben in der vergangenen Legislaturperiode nicht zu einem Nachlassen der Ausgabendisziplin geführt. Einnahmen in Höhe von 1 Mrd. Euro aus der Veräußerung von Landesvermögen, Verkäufe, die u. a. aus ordnungspolitischen Gründen durchgeführt wurden, haben ebenfalls zur Konsolidierung beigetragen. Trotz erfolgreicher Sparmaßnahmen hat die Landesregierung durch eine effiziente Haushaltspolitik die benötigten Mittel für ihre Schwerpunkte wie Innovationsförderung, Bildung und Kinderbetreuung bereitstellen können.

### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Die Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes vernichtet Arbeitsplätze, und zwar durch Umsatzrückgang, wie der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) bereits ermittelt hat. Der Rückgang ist in Restaurants und Bistros/Kneipen naturgemäß unterschiedlich, aber deutlich spürbar. In Niedersachsen stehen 2000 Einraumgaststätten vor existentiellen Problemen. Warum kann nicht der Wirt entscheiden, ob bei ihm geraucht werden darf? Warum kann nicht der Gast entscheiden, ob er lieber in eine Gaststätte mit oder ohne Qualm gehen möchte? Warum

muss hier der Staat lenkend eingreifen und dem Bürger seine Mündigkeit absprechen? Der Bürger kann schon gut für sich alleine entscheiden, was er möchte, wo er hingetht oder wann er lieber zu Hause bleibt. Durch dieses unsinnige Gesetz und durch die Einführung des Mindestlohns gehen Umsätze verloren, gehen Arbeitsplätze verloren, werden Existenzen vernichtet und wird die Wirtschaft gebremst.

### **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Die Haushaltkonsolidierung muss konsequent weiter fortgeführt werden. Niedersachsen wird ab 2010 keine neuen Kredite mehr aufnehmen, sondern - erstmals in seiner Geschichte - Altschulden tilgen. Ein schuldenfreier Haushalt ist nämlich die Grundlage für eine handlungsfähige Politik. Der Bürokratieabbau muss ebenfalls weitergeführt werden, um den Unternehmen den Handlungsspielraum zu geben, den sie brauchen, um erfolgreich im Wettbewerb bestehen zu können. Dazu gehört auch, dass die Lohnzusatzkosten nicht weiter steigen. Infolge der gesunkenen Arbeitslosenzahlen wäre es möglich, den Rentenbeitragssatz zu senken, um so anderen Preiserhöhungen, wie z.B. bei der Energie, entgegenzutreten. Das würde ein Mehr-Netto-Für-Alle bedeuten, und wäre hilfreich für alle. Denn eine innovative und flexible Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und damit Wohlstand unseres Volkes. Damit verbunden ist die weitere Stärkung der Wirtschaftsförderung in Niedersachsen, wie z. B. die finanzielle Stärkung des jüngst erfolgreich aufgelegten Innovationsfonds.

Ziel liberaler Sozialpolitik ist ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben. Individuelle und gemeinschaftliche Selbsthilfe muss Vorrang vor staatlicher Hilfe haben. Daher muss der Ausbau des ehrenamtlichen Engagements gefördert werden, denn wer Hilfe braucht, muss Hilfe bekommen. Soziale Sicherheit gibt es aber nur, wenn jeder Einzelne mehr Verantwortung übernimmt.

### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

Für Wilhelmshaven ist es wichtig, dass die gewählten Landespolitiker sich besonders für Lösungen der strukturellen Probleme unserer Stadt einsetzen, um u. a. über eine sich daraus resultierende Ausgabenreduzierung die weitere Haushaltssanierung zu ermöglichen. Eine Verbesserung der Gründungs- und Mittelstandsförderung, die Realisierung weiterer Öffentlich-Privaten-Partnerschaften sowie Deregulierungen und Bürokratieabbau werden Gewerbe- und Industrieansiedlungen in unserer Stadt fördern. Diese von mir genannten sind natürlich aus Platzgründen nicht alle notwendigen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um in Wilhelmshaven mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Aber besonders für diese genannten werde ich mich sehr engagiert einsetzen. Des Weiteren gehört zu meinen Zielen, die Verbesserung der Bildungsqualität durch eine individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers zu erreichen. Das gegliederte Schulsystem muss, neben anderen Schulformen, beibehalten werden, um die Schülerzahlen, die die Schule **mit** und nicht **ohne** Abschluss verlassen, auch in Wilhelmshaven zu erhöhen. Wir müssen mehr Schüler zur Ausbildungsfähigkeit qualifizieren, auch mit Hilfe von Sozialpädagogen und Betriebsprak-

tika, um die Jugendlichen nicht von der Schule in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Schon vor Schulbeginn muss durch Sprachtests und Sprachfördermaßnahmen sichergestellt werden, dass alle Wilhelmshavener Schüler die deutsche Sprache beherrschen und erfolgreich am Unterricht teilnehmen können.

Im Hinblick auf die geplanten Ansiedlungen auf dem Voslapper Groden ist es für unsere Stadt außerordentlich wichtig, sich für einen technologieoffenen, umweltverträglichen, sicheren und günstigen Energiemix, der einen fairen Wettbewerb für alle Energieformen und -anbieter sichert, einzusetzen. Mich für eine verstärkte Forschungsförderung einzusetzen halte ich daher für richtig und wichtig, um die Potentiale erneuerbarer Energien voll auszuschöpfen.

Die Einwohner Wilhelmshavens sollen in ihrer Stadt aber nicht nur lernen und arbeiten, sie sollen hier auch gerne leben und sich wohl fühlen. Dafür sollte sich im Kulturbereich einiges tun, z. B. sollten vermehrt die Menschen vor Ort, die, die unmittelbar an den Projekten arbeiten, entscheiden können, wofür Fördermittel eingesetzt und verwendet werden. Die Aufgaben im sozialen Bereich sind in der Stadt Wilhelmshaven so vielfältig, dass diese hier natürlich nicht alle abschließend erwähnt werden können. Wichtig ist, sich auf Landesebene für Einrichtungen wie z. B. das Frauen- und Kinderschutzhause als Anlaufstelle für Betroffene in Wilhelmshaven einzusetzen. Des Weiteren ist die Bekämpfung der Kinderarmut in unserer Stadt eine große gesellschaftliche Aufgabe, die allerdings nicht nur durch finanzielle Hilfen, sondern vor allem durch Verantwortung übernehmende Familienmaßnahmen und Unterstützungsprogramme gelöst werden kann. Im Hinblick auf die Alterstruktur der Wilhelmshavener Bevölkerung ist es für die Bürger der Stadt von großer Bedeutung, dass sich die gewählten Wilhelmshavener Landespolitiker für die Entwicklung und Umsetzung neuer attraktiver Wohnmodelle für Senioren engagieren. Das will ich gerne tun, denn auch das ist ein Thema, das die Lebensqualität in unserer Stadt steigern wird - und das nicht nur für ältere Menschen.



Kandidat der SPD:  
**Norbert Schmidt**

### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Größere Erfolge kann ich nicht erkennen! Im Gegenteil: Viele Dinge wurden an die Wand gefahren, beispielsweise in der Schulpolitik mit all ihren Facetten oder das Hickhack um die Polizeireform.

### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Die jetzige Landesregierung hat die Chancen, die unser Land Niedersachsen nach vorn gebracht hätte, nicht genutzt. Dazu zähle ich in erster Linie den Bau des Tiefwasser-Containerhafens JadeWeserPort. Hier hat es, nachdem man die Bezirksregierungen abgeschafft hat, eindeutig an Führung gefehlt. Hinzu kommt, dass bei dem Ausschreibungsverfahren – vorsichtig ausgedrückt – Fehler gemacht wurden.

### **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Die SPD setzt sich für die Durchlässigkeit und Kooperation aller Schulformen der Sekundarstufe I ein und wird als neues Angebot die "Gemeinsame Schule" als Regelschule in das Schulgesetz aufnehmen. Das Sortieren nach der 4. Klasse im gegliederten Schulsys-

tem fördert soziale Unterschiede. Niedersachsen muss aus pädagogischen Gründen den anderen norddeutschen Ländern folgen, Bildungsbarrieren abbauen und den Elternwillen akzeptieren. Die berufliche Bildung muss auch im europäischen Kontext weiter entwickelt werden. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Familienpolitik ist die zentrale Zukunftsaufgabe. Wer die Kinder und Familien nicht in den Mittelpunkt der Politik stellt, wird die Zukunft nicht meistern können. Dazu zählen sowohl entsprechende Betreuungsangebote für Kinder als beispielsweise auch ein besserer Schutz der Kinder vor Verwahrlosung, Vernachlässigung oder Missbrauch. Eine Bundesratsinitiative muss gestartet werden, um Sozial- und Transferleistungen armutsfest weiterzuentwickeln.

Pflegebedürftigkeit kann jeden treffen. Deshalb ist eine Weiterentwicklung einer bezahlbaren Pflege von Bedeutung. Auch gilt es, die Herausforderung anzunehmen, wenn es darum geht, das betreute Wohnen zu stärken oder neue Wohnkonzepte zu entwickeln. Die Altersarmut muss ernst genommen werden. Die älteren Menschen haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ihre Würde darf nicht angetastet werden.

Die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus muss in allen Altersgruppen, auf allen gesellschaftlichen Feldern und mit allen demokratischen Mitteln erfolgen. Die Verbesserung der Bildungs- und damit der Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen, die die Ursachen für materielle Zukunftsängste angehen, das muss das Ziel sein. Ich bin dafür, dass das NPD-Verbotsverfahren nachdrücklich vorangetrieben wird.

#### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

Die Stadtsanierung, das Bauprogramm "Soziale Stadt" und das Bauprogramm "Stadtumbau West" müssen auch weiterhin dringend genutzt werden, um unsere Stadt bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dieses ist ebenfalls – neben dem Hafenausbau und weiterer industrieller Ausbauten – ein Jobmotor für die Bauwirtschaft.

Unser Reinhard-Nieter-Krankenhaus und das angegliederte Psychiatriezentrum gilt es weiter auszubauen und vor einer Privatisierung zu schützen. Die Qualität und die Leistungsfähigkeit unseres regionalen Krankenhauses müssen erhalten bleiben. Dabei ist die regionale Kooperation und die Schwerpunktbildung im Verbund von Bedeutung.

Wir stehen zu dem konsequenten Ausstieg aus der Atomkraft. Wir werden ein Netzwerk aus Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung und Umsetzung von Umweltpinzipien bilden. Dabei werden wir gezielt ökologische Märkte, wie z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Wasser sparender Technologien, Recycling- und Abfallwirtschaft, Mobilität, Siedlungs- und Gebäudekonzepte fördern.

Der Bürger muss sich in unserer Stadt sicher fühlen. Die Polizeipräsenz auf den Straßen ist nicht ausreichend. Auch muss die Ausstattung der Polizei verbessert werden. Nach jahrelangem Provisorium hat die Polizei in Wilhelmshaven ein Recht auf ein eigenes Gebäude. Nur dabei können alle Synergien genutzt werden.

Der Jade-Weser-Port muss endlich kommen. Alle Reibungspunkte müssen konsequent ab-

gearbeitet und die Wertschöpfung hinter der Kaikante muss bauplanerisch abgesichert werden. Die meisten Wilhelmshavener warten dringend auf die Arbeitsplätze! Die Jugend muss Chancen für sich im Berufsleben sehen. Ich unterstütze ebenfalls die Ansiedlung des 800-MW-Steinkohlekraftwerkes. Im Abwägungsprozess müssen die Nöte und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger jedoch ernst genommen werden. Nach der bisher diskutierten Machbarkeitsstudie liegen die Belastungen für den Bürger im Normbereich.

Auch die konsequente Begleitung vieler anderer Projekte ist von großer Wichtigkeit. Die Förderung von Investitionen und Maßnahmen kleiner und mittelständischer Unternehmen wird meine Unterstützung erfahren.



**Kandidat der Freien Wähler:  
Frank Uwe Walpurgis**

#### **Größte Erfolge der Landesregierung**

Da wäre es am besten, diese Frage direkt an Herrn Wulff bzw. Dr. Biester zu richten. Von deren Seite wird sowieso alles als Erfolg verkauft, selbst dann, wenn die Meinung der Öffentlichkeit das Gegenteil bescheinigt. Als Kleiner Erfolg sehe ich an, dass mit dem Nichtraucherschutzgesetz ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde. Ich kenne sehr viele Nichtraucher (und bin selber einer), denen es immer im wahren Sinne des Wortes stank, wenn man zum Essen in einem Restaurant war, womöglich noch mit Kindern, und wenn dann Dunstwolken durch die Räume waberten. Allerdings: Wie nachher das Gesetz angefasst und letztlich verabschiedet wurde, ist eher kein Erfolg, weil ja auch die Belange der Raucher und der Gaststätten nicht umfassend berücksichtigt wurden.

#### **Größte Misserfolge der Landesregierung**

Als Bürger Niedersachsens sieht man natürlich immer, wenn viele Dinge nicht klappen, die aber Steuergelder in Anspruch nehmen. Ich möchte exemplarisch nur ein paar Dinge heraus greifen. Was eine schwere Last und Hypothek für die nachfolgenden Generationen darstellt, ist die enorme Verschuldung des Landes. Mittlerweile beträgt sie an die 50 Milliarden Euro! Das heißt, dass ein Großteil des Landeshaushaltes immer für Zinsen und eine etwaige Tilgung aufgebracht werden muss. Dadurch bleiben wiederum andere Dinge auf der Strecke.

Thema Bildung: Früher wurde von einer Lehrerschwemme gesprochen, heute werden die Klassen größer, und eine fachgerechte Beschulung der Schülerinnen und Schüler ist immer noch ein Wunschtraum. Gerade in die Bildung muss investiert werden, und wenn man dann PISA-Studien und Vergleiche zu Hilfe nimmt, sieht man, dass hier mehr als nur Handlungsbedarf besteht. Nicht nachvollziehbar ist es auch, wie mit dem Thema IGS umgegangen wird. Der Elternwille wird meines Erachtens nicht genügend berücksichtigt.

Als weitere abschreckende Beispiele seien an dieser Stelle die VW-Affäre genannt, ebenso wie die Entwicklung mit dem JadeWeser-Port. Dass allzu leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen wird, zeigen die "netten Ausflüge" des Landtages nach China. Ich finde, dass gerade die Gelder der Bürgerinnen und

Bürger penibel und sorgsam verwaltet werden müssen! Auch die innere Sicherheit ist durch die "Reformen" nicht besser geworden. **Wichtigste Aufgaben landesweit für die nächste Legislaturperiode**

Hier möchte ich ein paar Schwerpunkte nennen. Stabilisierung der Finanzen (Stopp der Steuerverschwendung und stetigen Neuverschuldung), Kinderrechte in der Verfassung verankern, die Bildung der jungen Menschen fördern und nicht behindern, Abschaffung von Studiengebühren für das Erststudium (denn durch die bisherige Regelung werden viele potentielle und motivierte Studenten aus Familien mit niedrigem Einkommen ausgegrenzt).

Ein großer Teil der Menschen muss mit geringen finanziellen Mitteln auskommen. Niedersachsen muss sich dafür stark machen, dass Dinge, die zur Daseinsvorsorge gehören, nämlich Strom und Heizung sowie Arzneien, ebenso mit dem Steuersatz von 7% besteuert werden, wie es bei Lebensmitteln, Wasser und Literatur ist. Kein Auskommen mit dem Einkommen - leider wird das immer schlimmer!

Viel mehr an Bedürfnissen und Ideen sowie Themen kann man hierzu im Programm der Freien Wähler nachlesen, denn es gibt viele Ansatzpunkte für Veränderungen.

Ein Punkt, der mir sehr am Herzen liegt: Abgeordnete bzw. Politiker allgemein müssen sich viel mehr den Menschen zuwenden und nicht abwenden. Ein Leitsatz der FW heißt "Zuhören, Verstehen, Handeln". Leider ist es so, dass die meisten politisch Tätigen den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zuhören bzw. diesen kein Gehör schenken – wie kann man dann die Anliegen der Menschen überhaupt verstehen? Ein Politiker muss zum "Anfassen" da sein, ohne dass er sich "angefasst" fühlt. Transparenz, Offenheit und Verständnis kommen meiner Meinung nach viel zu kurz. Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren gesunken ist, die Menschen frustriert sind und sich womöglich extremen Außenseitern zuwenden.

#### **Wichtigste Aufgaben für Wilhelmshaven für die nächste Legislaturperiode**

Unsere Stadt muss wirtschaftlich belebt werden. In der Vergangenheit wurden viele Fehler gemacht, Firmen und Unternehmen, die hier tätig werden wollten, haben sich anschließend andere Domizile gesucht. Sicher ist der JadeWeserPort eine Chance für unsere Stadt, aber wenn Jahre nach der Verkündung des Standortbeschlusses immer noch kein Baubeginn stattgefunden hat, sich stattdessen Gerichte und Untersuchungsausschüsse streiten, dann verliert die Politik zunehmend an Glaubwürdigkeit. Junge Menschen wandern ab, anstatt ihr Wissen und ihr Engagement hier einzubringen. Solch eine Entwicklung, die ja nun schon seit Jahren andauert, ist fatal.

Einzelinteressen von Parteien, Politikern oder anderen Interessengruppen haben keinen Vorrang – es fehlt hier das erkennbare Miteinander. Außerdem gibt es viele Probleme, die zudem gelöst werden müssen. Als Beispiele seien genannt die Einleitung von "Schiet" in den Jadebussen, der Verfall der Südzentrale bei der K-W-Brücke, fehlende Freizeitmöglichkeiten (u.a. Campingplatz, Jugendherberge), mehr Mitsprache der Bevölkerung bei wichtigen Themen. Der Kölner Dom hat Jahrhunderte bis zur Fertigstellung warten müssen – in Wilhelmshaven haben wir nicht soviel Zeit. Es gibt hier viel zu tun – und die Freien Wähler packen gerne mit an!



# Bürger begehren auf

## Bürgerinitiative "Zeche Rüsterei Groden" startet Unterschriftensammlung gegen das Kohlekraftwerk der Electrabel

(hk) Die Bürgerinitiative gegen Kohlekraftwerke und für Klimaschutz hat sich einen etwas seltsam anmutenden Namen gegeben: Zeche Rüsterei Groden. Ob damit nun die befürchteten Kohlehalden auf den Grodenflächen gemeint sind oder ob gemeint ist, dass der Rüsterei Groden die Zeche zu begleichen hat, war bisher nicht in Erfahrung zu bringen.

Es ist schon wieder einmal "typisch Wilhelmshaven", dass man sich hier um den Bau mehrerer Kohlekraftwerke reißt, wo gerade die halbe Welt dabei ist, der umweltverschmutzenden und wenig effektiven Kohleverstromung den Garaus zu machen. Für die BI Zeche Rüsterei Groden steht fest, dass die Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung ein Weg ist, der die bekannten Bedrohungen ignoriert. In Wilhelmshaven kümmert's kaum jemanden, obwohl die Ablehnungsfront im Stadtrat diesmal größer und wirkungsvoller ist als bei all den anderen Ansiedlungen der letzten Jahrzehnte.

Die BI bezieht hier Stellung und fordert Alternativen:

► *Ausbau sowie die forcierte Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Sonnenstrahlen, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse.*

► *Neben Sonnenkollektoren, Fotovoltaik, Windrädern, Wassermühlen und Biomassekonvertern gibt es weitere Möglichkeiten, den unendlichen Vorrat an Naturkräften anzuzapfen; z.B. durch Nutzung der Erdwärme, thermische Kraftwerke, Wellen-, Strömungs- und Osmosekraftwerke.*

*Die Vielfalt der Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien ist heute schon sehr groß, und sie dürfte noch steigen, wenn auf diesem Gebiet noch intensiver geforscht würde.*

### Energiesparen:

*Durch die Verordnung strenger Effizienzvorschriften für Leuchtkörper und elektrische Geräte wie Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner. Auch bei der Gebäudeisolierung gibt es noch viel zu tun! (aus Infoblatt "Brauchen wir Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven?")*

Der Gegenwind sprach mit dem Mitglied der Bürgerinitiative Jochen Martin über die nächsten Schritte gegen das Kohlekraftwerk. *Gegenwind: Die BI Zeche Rüsterei Groden hat sich jetzt gegründet. Was steckt dahinter?*

**Jochen Martin:** Zeche Rüsterei Groden hat ja noch einen Untertitel, der mehr darüber aussagt, was wir wollen – wir nennen uns "Bürgerinitiative Wilhelmshaven – gegen Koh-

lekraftwerke, für Klimaschutz". Das sagt eigentlich schon zum Einstieg aus, was wir wollen.

*Die Frage, warum Kohlekraftwerke problematisch für die Umwelt sind, brauchen wir nicht mehr großartig zu debattieren – dazu steht täglich etwas in den Zeitungen, und die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Klimaschutz sind ja eindeutig – das Zurückfahren der Verbrennung von Kohle ist ein erklärter Weg, um die Ziele der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um bis zu 40% bis 2020 zu erreichen. Was soll nun in Wilhelmshaven passieren von Seiten der Planung – was soll hier gebaut werden, worauf müssen sich die Wilhelmshavener Bürger und Bürgerinnen einstellen?*

Zunächst hat die belgische Firma Electrabel – das ist eine Tochter des multinationalen französischen Konzerns SUEZ – den Antrag gestellt, hier ein Kohlekraftwerk zu bauen mit der Option eines zweiten Kraftwerks. Dann hat die e.on sich gemeldet, die ihre schon länger bestehende Option, ein zweites Kraftwerk zu bauen, hat aufleben lassen und erklärt, dass sie das bestehende Kraftwerk in einigen Jahren durch ein neues ersetzen will.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass auf dem Voslapper Groden die Wilhelmshavener Raffinerie, die jetzt ConocoPhillips gehört, ein eigenes Kraftwerk bauen will, und die Deutsche Flüssiggas Terminal Gesellschaft (DFTG) hat schon ein Kraftwerk genehmigt bekommen.

*Warum setzen die Energieunternehmen denn noch auf Steinkohle? Man sollte doch meinen, dass die auch wissen, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist.*

Das hat natürlich ausschließlich wirtschaftliche Gründe. Die Gründe sind: Aus Kohle lässt sich zurzeit noch billig Strom herstellen, und Wilhelmshaven bietet sich für die Stromkonzerne an, weil zunehmend auf Importkohle umgestellt wird. Der deutsche Steinkohlebergbau wird ja immer mehr zurückgefahren und soll 2018 ganz eingestellt werden.

Außerdem festigen Großkraftwerke die Oligopolstellung (*Oligopol: wenige Anbieter stehen vielen Nachfragern gegenüber, red*) der großen Energiekonzerne, die uns mit ihrer Marktmacht im Moment mit arroganten Preissteigerungen überziehen. Das lässt die Aktienkurse steigen, bringt gute Dividende und exorbitante Gehälter für die Manager. Daher ist es nicht verwunderlich, dass dieser ideale Zustand so lange wie möglich aufrechterhalten werden soll.

*Wenn ich an frühere Auseinandersetzungen bei Kraftwerksansiedlungen denke, da hieß es immer "die Lichter gehen aus", wenn das Kraftwerk nicht gebaut wird. Sind die hier geplanten Kraftwerke zur Energieversorgung nötig – oder geht es da um die Konkurrenz auf dem Strommarkt?*

Es wird immer wieder behauptet, dass die

Kraftwerke, die hier geplant sind, zur Energieversorgung benötigt werden, dass sehr viele Altanlagen in Deutschland betrieben werden, die bald ersetzt werden müssten.

*Also die legen welche still und bauen hier neu.*

Das ist nicht gesagt – es wird sehr allgemein von der Stilllegung von Altanlagen gesprochen – konkrete Zahlen kenne ich nicht. Es ist bekannt, dass jede Menge neue Kraftwerke gebaut werden sollen, die Zahlen schwanken zwischen 16 und 25, ich habe auch noch höhere Zahlen gehört. Und diese Kraftwerke sollen alle in ihrem Wirkungsgrad gesteigert werden; es sieht nicht danach aus, dass die geplanten Kraftwerke nur die alten ersetzen sollen. Zudem deuten die Bemühungen der Betreiber von Atomkraftwerken, die Restlaufzeiten ihrer Altanlagen zu verlängern, darauf hin, dass man weiter darauf setzt, dass eine schwarzgelbe Bundesregierung das rotgrüne Ausstiegsprogramm kippt. Dann blieben sogar atombetriebene Altanlagen bis zum "Geht-nicht-mehr" in Betrieb.

Im Grunde genommen ist es eben so, dass die großen etablierten Stromkonzerne mit ihren neuen Kohlekraftwerken möglichst verhindern wollen, dass es zu einem echten Wettbewerb kommt. Diese Strategie behindert natürlich ganz erheblich die Entwicklung und Markteinführung alternativer Energieformen.

*Wie soll die Kohle hier angelandet werden – alles über die Niedersachsenbrücke?*

Ja. Die Kohle soll über die Niedersachsenbrücke angelandet werden. Diese Umschlagbrücke wird ja bekanntlich für die Aufstellung zusätzlicher Kräne "ertüchtigt", um die Umschlagleistung zu verdreifachen. Aber im Stadtrat habe ich auch gehört – ich meine, Herr Kotteck hätte das gesagt – dass zukünftig dort Schiffe mit 18 Metern Tiefgang anlegen sollen, wofür erst einmal die Zufahrt und der Liegeplatz ausgebaggert werden müssten. Dann könnte man dort Schiffe mit 200.000 statt bisher 100.000 Tonnen Kohleladung abfertigen. Das ist denn auch wohl die wirtschaftliche Voraussetzung dafür, dass Kohlekraftwerke hier an die Jade gebaut werden. Offenbar lohnt es dadurch auch, die Importkohle nicht mehr über Hamburg ins Binnenland zu transportieren. Der Betreiberkonzern Rhenus Midgard plant nämlich, seinen jährlichen Kohleumschlag von derzeit 1,7 Mio. auf 8,0 Mio. Tonnen zu erhöhen. Dafür müssen mehrere Kohlehalden für die Zwischenlagerung angelegt und ein Teil von dort per Schiene ins Hinterland abtransportiert werden. Schon im nächsten Jahr möchte man die Kohleimportmenge um 800.000 Tonnen steigern.

*Zurück zur Bürgerinitiative. Was fordert die BI, und wie will sie die Ansiedlungen vermeiden, verhindern, was will sie dagegen tun?*

Die BI fordert, dass hier keine Kohlekraftwerke für die Einspeisung ins europaweit gespannte Stromnetz gebaut werden, sondern dass Strom möglichst nahe am Verbraucher produziert sowie bundesweit die Umstellung auf alternative Energien forciert wird – und zwar als Maßnahme für den Klimaschutz und als Zukunftsvorsorge vor steigenden Primärenergiepreisen. Deshalb gehen wir neben den uns vor Ort zugemuteten Belastungen gegen die hier geplanten Kohlekraftwerke mit einem Bürgerbegehren vor, das gerade eben anläuft. Die Unterlagen sind der Stadt schon

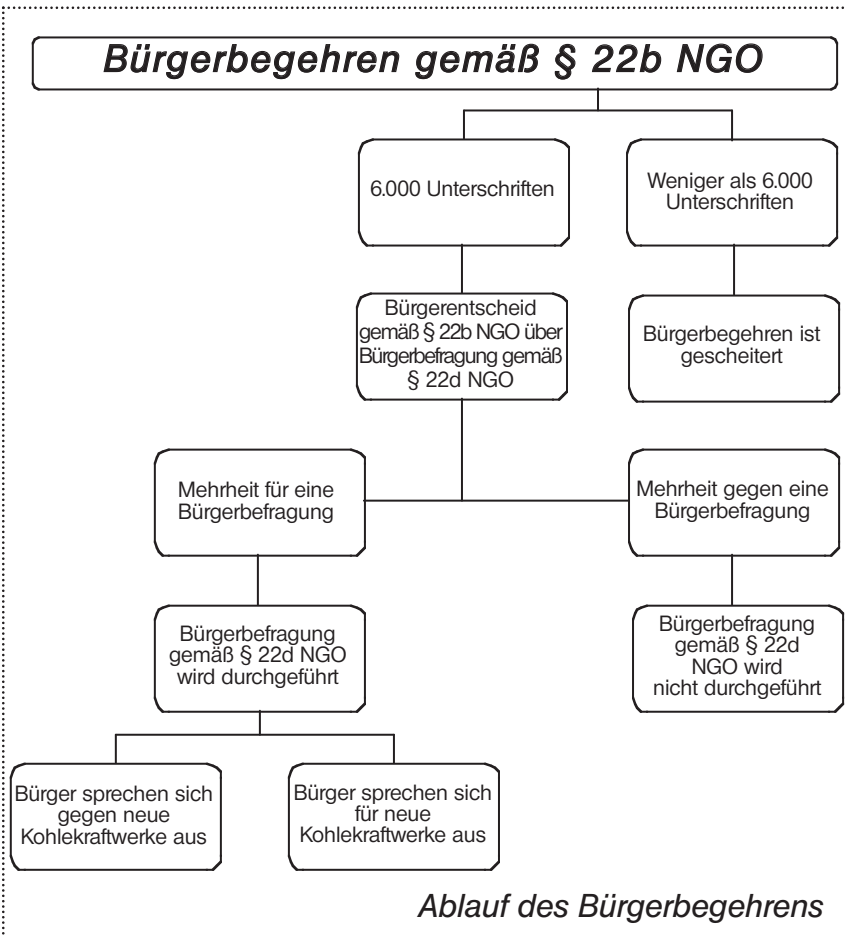
**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's

HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.

Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84





- eine weitere 380 kV-Leitung
- den Verkauf / die Verpachtung von Gelände an Kraftwerksbetreiber.

Wir haben alle diese Ansätze verworfen, weil wir dadurch Gefahr laufen würden, an den gesetzlichen Einschränkungen zu scheitern (Unzuständigkeit des Rates, mangelnde Kostendeckung).

Die Möglichkeit, ein Bürgerbegehren für die Ausweisung der schützenswerten Flächen des Rüstersieler Grodens als Naturschutzgebiet durchzuführen, fanden wir beachtenswert. Wir haben uns dann aber doch – um auf der sicheren Seite zu sein – für den bereits genannten Text entschieden. **Also diese Unterschriftenaktion ist jetzt angelaufen. Wie lange habt ihr Zeit, die erforderlichen Unterschriften zu erbringen?**

Wir hoffen natürlich, diese ca. 6.000 Unterschriften so schnell wie möglich zusammenzukriegen. Zeit dafür haben wir 6 Monate, wenn dem kein Ratsbeschluss entgegensteht. Dann verringert sich die Zeit auf 3 Monate. Am 8. Dezember haben wir mit der Unterschriftensammlung begonnen.

**Wie sollen die Unterschriften jetzt gesammelt werden? Wollt ihr von Haustür zu Haustür gehen?**

Als erstes präsentieren wir uns an verschiedenen Standorten der Öffentlichkeit. Zunächst in Fgrodens, auf dem Rathausplatz, in der Marktstraße, in Altengrodens. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht: Sammlung bei Nachbarn, im Bekanntenkreis, in Vereinen, in Geschäften, Gastronomien, Beilagen in Zeitschriften usw.

**Dass ihr jetzt das Bürgerbegehren in Gang gesetzt hat, hat aber keinerlei Auswirkungen auf die Aktivitäten der Electrabel bzw. der Stadt Wilhelmshaven, das läuft alles so weiter; wie wir es im letzten Gegenwind dargestellt haben?**

Unser Bürgerbegehren hat da keine aufschiebende Wirkung, das ist ein anderer Zweig. Die Antragsunterlagen der Electrabel werden zurzeit noch von der Gewerbeaufsicht geprüft.

überreicht worden.

**Was heißt nun Bürgerbegehren? Stimmen jetzt die Bürger darüber ab, ob sie das Kraftwerk wollen oder nicht?**

Das Bürgerbegehren ist möglich laut Niedersächsischer Gemeindeordnung (NGO). Danach können Bürger an den Rat der Stadt das Begehren richten, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Wir sammeln jetzt Unterschriften dafür, dass die Stadt einen Bürgerentscheid darüber durchführt, ob die hiesigen BürgerInnen und Bürger für oder gegen die Durchführung einer Bürgerbefragung sind, die dazu dient, ein Meinungsbild zum Neubau von Kohlekraftwerken in Wilhelmshaven zu erhalten.

**Also noch mal von vorne. Die BI muss jetzt Unterschriften sammeln und diese Unterschriften sind dafür da, dass die Stadt einen Bürgerentscheid durchführt. Das ist dann so eine Art Volksabstimmung?**

Richtig. Der Bürgerentscheid ersetzt sogar einen Ratsbeschluss.

**Was ist jetzt notwendig, um so ein Bürgerbegehren durchzuführen? Wie viele Unterschriften braucht ihr? Was muss passieren, damit der Stadtrat im Sinne des Bürgerbegehrens aktiv wird?**

Der Antrag ist gestellt – die Stadt prüft jetzt, ob die Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren nach der NGO erfüllt sind und erklärt das Begehren dann für zulässig oder unzulässig. Ist es für zulässig erklärt, dann wird das Bürgerbegehren in Gang gesetzt und es werden Unterschriften gesammelt. Das Bürgerbegehren muss von 10% der wahlberechtigten Bevölkerung Wilhelmshavens unterstützt werden. Wahlberechtigt sind Personen ab 16 Jahren, die Wilhelmshaven wohnen und aus einem EU-Mitgliedsstaat kommen. Das sind die Voraussetzungen.

**Wie viele wahlberechtigte WilhelmshavenerInnen müssen das Bürgerbegehren unterstützen?**

Ungefähr 6.000 – aber das werden wir natürlich noch genauestens unter die Lupe nehmen.

**Und wenn jetzt diese 6.000 Leute unterschrieben haben, gebt ihr die Listen an den Oberbürgermeister, und das Kraftwerk wird nicht gebaut?**

So weit ist es dann lange noch nicht. Die Stadt kann sich die Durchführung eines Bürgerentscheids natürlich sparen, indem sie die von uns verlangte Bürgerbefragung durchführt. Wenn nicht, dann muss sie zuvor eben einen Bürgerentscheid durchführen. Daran müssen sich mindestens 25% der in Wilhelmshaven ansässigen Bürger beteiligen, und von denen muss mehr als die Hälfte dem Bürgerentscheid zustimmen.

**Wie lautet denn das Bürgerbegehren?**

Das Bürgerbegehren lautet: "Sind Sie dafür, dass der Rat der Stadt Wilhelmshaven eine Bürgerbefragung nach § 22 d NGO durchführt, um ein Meinungsbild der Bürger zum Neubau von Kohlekraftwerken in Wilhelmshaven zu erhalten?" (Ein solches Unterschriftenblatt finden Sie auf Seite 16)

**Was soll das denn? Warum macht ihr nicht einfach ein Bürgerbegehren: Wir wollen keine Kohlekraftwerke?**

Ein Bürgerbegehren ist ein kompliziertes Verfahren mit vielen rechtlichen Stolpersteinen. Begehren z.B. gegen Planfeststellungsverfahren und Bauleitpläne sind unzulässig. Es muss eine Kostendeckung für evtl. Einnahmeausfälle der Stadt erstellt werden. Wir haben mehrere Denkmodelle eines Bürgerbegehrens durchgespielt, gegen

- Kohlekraftwerke
- den Kühlwasseraustausch

Die Antragsunterlagen der Electrabel werden zurzeit noch von der Gewerbeaufsicht geprüft.

Der Entwurf für die Bauleitplanung auf dem Rüstersieler Grodens seitens der Stadt ist ja schon ausgelegt. Damit müssen wir uns natürlich auch befassen und unsere Einwendungen geltend machen, weil die Bauleitplanung ja die Grundlage für den Bau der Kraftwerke und der Schüttgutlager darstellt. Doch das geht alle Bürgerinnen und Bürger an. Jeder Einwand muss geprüft und erwidert werden. Die Bürgerinitiative nimmt Einwendungen auch gerne anonym entgegen und wird der Stadt eine Zusammenfassung zustellen. Es gibt ja auch die Möglichkeit, sich an Sammeleinwendungen mit Unterschrift zu beteiligen. Viele Unterschriften machen auch Eindruck.

Die Unterlagen der Stadt liegen im Technischen Rathaus aus. Bei der Beschaffung können wir auch behilflich sein.

**Was macht die BI denn noch außer dem Bürgerbegehren?**

Neben der Unterschriftensammlung, die schon eine gewisse Mobilisierung erzeugt, werden wir natürlich weitere Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um unsere Positionen zu verbreiten: Flugblätter, Zeitungen, den Rundfunk und das Fernsehen, das Internet usw.

Die Kraftwerksprotagonisten haben sich wohl schon damit abgefunden, dass sie uns nicht totschweigen können. Erste Anzeichen lassen darauf schließen, dass sie uns mit einer Diffamierungskampagne kleinzuhalten suchen. Einige von uns haben im Rahmen der Informationsveranstaltung von Electrabel in der Stadthalle schon Bewertungen aus der untersten Schublade über sich ergehen lassen müssen.

**Vielen Dank für das Gespräch. ☐**

# Zu viel der Ehre?

## Wer entscheidet über die Namen unserer Schulen?

(hk) Johann Janssen, Ratsherr der LAW im Wilhelmshavener Stadtrat, fragt sich, ob Agnes Miegels Nähe zum Nationalsozialismus und ihre in einigen ihrer Werke zu Tage tretende Hitlerverehrung mit der Namensgebung für eine Wilhelmshavener Schule vereinbar ist.

Auf der Ratssitzung am 28. November stellte er den folgenden Antrag:  
*Der Verwaltung wird aufgetragen zu prüfen, in welcher Weise Agnes Miegel mit dem Nationalsozialismus paktiert hat.*

### Wer war Agnes Miegel?

Während im Mai 1933 die Literatur im Geiste der Aufklärung auf den Scheiterhaufen des nationalsozialistischen Ungeistes landete und ihre Literaten aus der Akademie der Künste vertrieben wurden, wird Agnes Miegel als Senatorin in diese Akademie berufen. Sie verfasste zahlreiche Werke im nationalsozialistischen Geiste.

Allein drei Gedichte sind Adolf Hitler gewidmet, so z.B.:

#### Dem Führer! (1936)

*Gab den Söhnen  
wieder aus vergessenem Väterhorte  
in die Hand den Spaten und das Schwert!*

*Und er lehrte dich, o Volk, erkennen:  
Du bist aller Zukunft Herz und Pfand!  
Wenn aus Deinem First die Flammen steigen,  
wird des weißen Mannes Welt entbrennen,  
wenn sich deine Sonnenfahnen neigen,  
sinkt die Nacht über das Abendland! –*

*Lass in Deine Hand,  
Führer! Uns vor aller Welt bekennen:  
Du und wir, nie mehr zu trennen,  
stehen ein für unser Vaterland!*

und "An den Führer" (1938) und "Dem Schirmer des Volkes" (1939). Weitere Werke sind die chorische Dichtung "Memelland" (1935), eine Kantate zum Muttertag (1937), das Gedicht "Danzig", in dem Agnes Miegel die "Heimholung" ehemals deutscher Gebiete begrüßte (1939), die Hymne "An die Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink" und die Erzäh-

lung "Besuch bei Margret" (1943), die von wissenschaftlicher Seite der Kategorie "Rassezüchtung, Vererbungslehre und Rassismus" zugeordnet wird. Für ihr "Schaffen" wurde sie im Dritten Reich mit unzähligen Preisen geehrt. So erhielt sie die Wartburg-Rose (1933), den Herder-Preis (1935), den Goethe-Preis (auf besondere Fürsprache von Joseph Goebbels), den Ehrenring des "allgemeinen deutschen Sprachvereins" (1935) und das Ehrenzeichen der Hitlerjugend (1939). 1936 stiftete die NS-Kulturgemeinde eine Agnes-Miegel-Plakette, von der Agnes Miegel selbst die erste erhielt. Wie zum Dank trat sie 1940 der NSDAP bei.

Agnes Miegel hat sich nach dem Krieg nie von ihrer Vergangenheit distanziert. Im Gegenteil: Sie stärkte die extreme Rechte. So verfasste sie "Exklusivbeiträge" für die Zeitschrift "Nation Europa", die von dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Chef der "Bandenbekämpfung" im Führerhauptquartier Arthur Ehrhardt 1951 gegründet wurde. Die Zeitschrift entwickelte sich rasch zu einer der wichtigsten "ideenpolitischen" Schaltzentralen des Neofaschismus. (Quelle: Hertener Lagerzeitung: Schlegel und Eisen, 2006, das Gedicht stammt aus "Werden und Werk", Leipzig 1938)

Auf der Web-Seite der Wilhelmshavener Agnes-Miegel-Schule (<http://ams-whv.de>) wird das 3. Reich einfach ausgeblendet, Hitler fand nicht statt: "... Als sie in den zwanziger Jahren als Redakteurin an einer Königsberger Zeitung arbeitete, wandte sie sich auch der erzählenden Dichtung zu und schuf im Bereich der Prosa gleichfalls bedeutende Erzählungen und Novellen. Agnes Miegel schöpfte oft aus der Natur, der Landschaft und der Ge-

schichte ihrer Heimat Ostpreußen, doch ihre Dichtungen gehen - auch thematisch - weit darüber hinaus und sind in vielen europäischen Kulturbereichen angesiedelt. 1924 wurde ihr die Ehrendoktorwürde der Königsberger Universität verliehen. Daneben erhielt sie mehrere Literaturpreise, 1911 bereits den Literaturpreis des Schillerbundes.

Als zu Ende des letzten Krieges russische Truppen vor Königsberg standen, mußte sie am 27. Februar 1945 die Stadt und ihre Heimat verlassen. Ihre Flucht führte sie über die Ostsee nach Dänemark, wo sie bis zum Oktober 1946 in einem Flüchtlingslager ausharren mußte, ehe sie nach Deutschland ausreisen durfte, wo sie in Niedersachsen Aufnahme fand. Von 1948 an lebte sie in Bad Nenndorf, wo sie die siebenbändige Gesamtausgabe ihrer Werke erarbeiten und weitere Dichtungen herausgeben konnte. Agnes Miegel starb im Alter von 85 Jahren am 26. Oktober 1964 in Bad Salzungen. Sie ruht auf dem Bergfriedhof der Gemeinde Bad Nenndorf, deren Ehrenbürgerin sie war.



Da werden in altdeutschem Geschichtsverständnis einfach ein paar Jahre ausgeblendet – sonst könnten ja wohlmöglich ein Schüler, eine Schülerin oder aufmerksame Eltern mal nachfragen.

Wir wollen nicht verschweigen, dass es auch viele sehr gute Werke von Agnes Miegel gibt; auch ihre Aktivitäten und ihre Arbeiten

zu und über ihre ostpreußische Heimat nach dem 2. Weltkrieg sind nicht zu beanstanden und ihre beschriebene Sehnsucht nach der Heimat durchaus verständlich. Doch ihr Wirken während des Faschismus kann nicht als einfacher Fehler angesehen werden – und wer 1940, also nach Kriegsbeginn, noch in die NSDAP eintritt, wird einen solchen Schritt durchaus bewusst gegangen sein.

Es erübrigt sich beinahe zu erwähnen, dass der Antrag von Johann Janssen abgelehnt wurde. Die Ratsvertreter wanden sich aus der Verantwortung, indem sie die Lehrer und Schüler der Agnes-Miegel-Schule aufforderten, sich doch einmal mit der Namensgeberin auseinanderzusetzen. Wo bleibt da die politische Verantwortung? ☐

WWW.BASU-WHV.DE

Eberhard M. auf der Electrabel-Kohlekraftwerke-Installationstour in der Stadthalle von Wilhelmshaven am 30. November 2007 - [ob er für mehr Stimmen bei der kommenden Landtagswahl betet?]

## BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

**ELECTRABEL - DIE ALLIANZ DER NICHTVERANTWORTUNG** - das sind die Schlagzeilen eines Oberbürgermeisters, der sich Sorgen um Arbeitsplätze macht, aber weniger um die Installation von Kohlekraftwerken in Zeiten des voraneilenden Klimawandels, ein Oberbürgermeister, der die Einleitung von Fäkalien in die Vorzeigebadezone ganz legitim findet - natürlich stärkstens verdünnt sozusagen unsichtbar für Menschen ohne Mikroskop zwischen den Badelatschen im Rucksack! Die Kohlekraftwerksverkäufer [Lobbyisten] wollen den Wilhelmshavenern einen Klimakiller andrehen, der ca. 3,5 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr in die Luft bläst, mit der Option auf noch einen mit Thesen wie: „Beim derzeitigen Energiebedarf käme man mit erneuerbaren Energien nicht über den Tag.“ Tja genau dieses „Totschlagargument“ wurde jüngst von ei-

nem Kasseler Ingenieur widerlegt! -...und nun Ebi? - beten...bevor die Leute herausbekommen, dass Cuxhaven mit erneuerbaren Energien jüngst 600 Arbeitsplätze schuf! Da muss man schon fragen, warum Wilhelmshaven wieder nicht, warum nur ca. 110 von Electrabel? Milliardeninvestitionen sind immer noch die plakativere Verblendung der Bürger, deren PR-Wirkungskraft deutlich zu bröckeln beginnt, nimmt man nur die Zeche Rüsterei Groden, die jüngst entstandene Bürgerinitiative, die sich wehrt gegen ein Politikbewusstsein ohne Verantwortung!

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR  
WILHELMSHAVEN

BILDUNG ARBEIT  
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!



# Leise Töne - starke Wirkung

## Landesbühne wagt und gewinnt mit dem Musical "Blutsbrüder"

(iz) Heutzutage braucht es großes Tamtam und exorbitante Technik, um ein breites Publikum dauerhaft in den Musical-Hype von "Cats" & Co zu versetzen. Umso mutiger zeigt sich die Landesbühne, wenn sie einen eher unbekanntem Stoff des Genres mit zwangsläufig bescheidenen Mitteln auf die Bretter bringt – mit eindrucksvollem Ergebnis.

"Blutsbrüder" ist die Geschichte der Zwillinge Mickey und Edward, die gleich nach der Geburt durch die Umstände getrennt und vom Leben immer wieder zusammengeführt werden. Ein ungeplantes soziales Experiment, das Raum für verschiedenste Betrachtungen und Erkenntnisse bietet. Bestimmt das Sein das Bewusstsein oder umgekehrt? Sind dem Menschen seine Chancen in die Wiege gelegt oder kann er selbst sein Schicksal herumreißen?

Autor Willy Russell entstammt einer Arbeiterfamilie. "Blutsbrüder" schrieb er auf dem Höhepunkt des "Thatcherismus", der Arbeitslosigkeit nicht als gesellschaftliches Problem, sondern als individuelles Schicksal definierte. Russells Geburtsstadt Liverpool verzeichnete damals bis zu 25% Arbeitslose.

Die Geschichte: Als Mrs. Johnstone, alleinerziehende Mutter von fünf Kindern, auch noch Zwillinge erwartet, fürchtet sie, dass die Fürsorge ihr alle Kinder entzieht. Die wohlhabende, unfreiwillig kinderlose Mrs. Lyons, bei der sie sich als Putzfrau verdingt, überredet sie, ihr einen Zwilling – Edward – abzutreten. Dabei soll niemand erfahren, dass Mrs. Lyons' eigene Schwangerschaft nur vorgetäuscht war. So setzt sie die schlichte wie abergläubische Mrs. Johnstone unter Druck mit der Behauptung: Wenn die Jungen je erfahren, dass sie Brüder sind, müssen sie beide sterben. Doch zufällig laufen die Heranwachsenden sich immer wieder über den Weg und freunden sich an, trotz elterlicher Interventionen ... Dass das Schicksal der Brüder sich letztlich erfüllt, ist keine Frage des Aberglaubens, sondern der Klassenunterschiede, des Neides, der Eifersucht und der Verzweiflung am eigenen Dasein.

Das Stück beginnt und endet mit je zwei lauten Knallgeräuschen. Dazwischen setzt die

Dramaturgie jedoch auf leise Töne. Das Orchester wird durch Playback plus zwei Life-Musiker ersetzt, umso akzentuierter kommen die ansprechenden Gesangsleistungen der Darsteller zur Geltung. So entstehen zwar keine Ohrwürmer, die man auf dem Nachhauseweg vor sich hinsummt, vielleicht "Schuhe auf dem Tisch...", der Aberglaube, der sich als roter Faden durchzieht und Mrs. Johnstone an ihr Versprechen gemahnt. Doch, anders gesagt: Die Handlung wird so nicht von der Musik erschlagen.

Ebenso effektiv auf das Wesentliche reduziert das Bühnenbild: drei Wände mit je drei Türen, die sich in wechselnder Kombination synchron öffnen und schließen. Das Labyrinth des Lebens: Welche Tür ist die richtige? Welche schließt sich, wenn jene sich öffnet? Genutzte Chancen, vertane Chancen. Die Ausstattung: so zurückgenommen, dass sich der Wechsel zwischen arm und reich, Unter- und Oberstadt, Arbeitersiedlung und Luxusvilla problemlos nur im Kopf des Zuschauers vollzieht. Unendlicher Raum für eigene Bilder, als ob man ein Buch liest. Grandios. Rauchende Fabrikschlote, triste Vorortsiedlungen, graue Fassaden, feine Häuser, gepflegte Vorgärten: Das braucht kaum Requisiten und keinen eifrigen Malersaal. Eine Leiter, ein Tisch, zwei Stühle. Die Bilder entstehen im Spiel, umso deutlicher ihre Konturen. Feiner englischer Humor: Mrs. Johnstones Kinder, aufgereiht wie die Orgelpfeifen, doch jedes ein Individuum. Wenngleich bei der Premiere der Eindruck entstand: Da geht noch was, das wird bei der zweiten, dritten Aufführung noch geschliffener – die Leistung aller Darsteller wurde zu Recht mit lang anhaltendem Applaus gewürdigt. So überzeugend bescheiden, so selbstverständlich präsent gab Susanne Menner die Mrs. Johnstone, dass ihr schauspielerischer wie gesanglicher Marathon beinahe nicht angemessen wahrgenommen wurde. Vor diesem ruhenden Pol verstanden es Oliver Schönfeld (Mickey) und Fabian Monasterios (Edward), die Zwillingpersönlichkeiten überzeugend zu entwickeln, von zwei unverdorbenen Jungs zu zwei liebenswerten Kotzbrocken.

"Blutsbrüder" (Blood Brothers) wurde im November 1981 erstmals in Liverpool aufgeführt und wechselte 1988 ins Londoner West End, wo es seitdem mit sensationellem Erfolg und ohne Unterbrechung aufgeführt wird. Daneben touren Ensembles mit dem Stück u. a. durch Großbritannien und die USA. Vom Soundtrack gab es zwischen 1983 und 2004 allein 10 verschiedene CD-Pressungen, auch auf Japanisch. Im deutschsprachigen Raum ist das Musical bislang weniger populär – ist es inhaltlich zu anspruchsvoll? Im Stadttheater Wilhelmshaven läuft es noch am Sa., 15.12., am Fr., 21.12., am Sa., 29.12. (jeweils um 20 Uhr), am Mo., 31.12. (19 Uhr) 2007 und letztmals am So., 13.01.2008, um 15.30 Uhr. Ob dieses doch eher nachdenklich stimmende als rein unterhaltsame Stück den Erwartungen des Silvesterpublikums entspricht, ist ungewiss. Aber vielleicht geht es ja in die Verlängerung? □

# Privatisierung

Der Rat der Stadt hat in seiner letzten Sitzung die Weiterführung des Modells Public Private Partnership (PPP) beschlossen. Der Beschluss:

*Auf Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie von BBD Berliner Beratungsdienste vom 21. Februar 2007, sowie der zusammen mit der Machbarkeitsstudie verteilten Anmerkungen und Analyse aus der Verwaltung, wird die Weiterführung des PPP-Modells in der Variante als ganzheitlicher Ansatz beschlossen.*

PPP – das sind Modelle, mit denen z.B. die Kommunen die Bauunterhaltung ihrer Schulen realisieren wollen. Es geht darum, Kosten zu sparen, indem für die Bauunterhaltung eben keine städtischen Stellen mehr zuständig sind, sondern diese Aufgaben in private Hände gelegt werden, die Kommune zahlt eine Pauschalsumme und ist die Verantwortung los. Ob diese Modelle auf die Dauer wirklich billiger sind, ob die Arbeiten so durchgeführt werden, dass der Bestand gesichert ist – das sind einige der Unwägbarkeiten, die zusammen mit Public Private Partnership in den Kopf schießen.

Für die FDP ist PPP ja bekanntlich ein Allheilmittel. Dr. Michael von Teichman sah dann auch schon eine Einsparung von 15 bis 20 % bei den kommunalen Ausgaben. Dem hielt Siegfried Neumann (SPD) entgegen, dass "PPP keine Einsparung garantiert." Nur, so Neumann, fehlt der Stadt momentan das Geld, um die Maßnahmen selbst durchzuführen.

Der Rat hat nun mit zwei Gegenstimmen die Weiterführung des PPP-Modells beschlossen, weil der Beschluss ja nur die Freigabe der Phase 1 (von insgesamt 7 Phasen) beinhaltet.

Bekannt ist auch, dass viele Städte aus abgeschlossenen PPP-Verträgen wieder aussteigen – weil sie nichts gebracht haben.

**Aufklärung zu diesem schwierigen Themenbereich können sich die WilhelmshavenerInnen auf einer Veranstaltung "Privatisierung öffentlicher Aufgaben, was ist davon zu halten" erhoffen.**

**Auf dieser Veranstaltung am 11. Dezember um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Weserstr. 51, wird der Publizist, Berater und Lehrbeauftragte Dr. phil. Werner Rügemer Stellung beziehen.**



**Reparaturen  
aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

# Zwangswohngeld

## Plausible Erklärungen für eine unplausible Sache

(noa) Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland wollte es endlich wissen: Sollte es tatsächlich legal möglich sein, Kindern Wohngeld zu gewähren, wenn deren Eltern nicht wohngeldberechtigt sind? Am 13. November war der Leiter der Wohngeldstelle, Herr Hein, bei der ALI-Monatsversammlung, um zu erläutern, wie er das Wohngeldgesetz versteht.

Der GEGENWIND hat sich in drei Ausgaben mit diesem Thema beschäftigt. In Ausgabe 228 berichteten wir unter der Überschrift "Amtsmissbrauch" über einen Besuch des Oldenburger Fachanwalts für Sozialrecht Alfred Kroll, der über eine neue Praxis beim Job-Center Wilhelmshaven berichtet hatte: Alleinerziehende Hartz IV-EmpfängerInnen waren aufgefordert worden, für ihre Kinder Wohngeld zu beantragen, die dann zusammen mit ihrem Unterhalt(svorschuss) und Kindergeld so viel Einkommen hatten, dass sie nicht mehr bedürftig und damit nicht mehr Mitglied der Bedarfsgemeinschaft waren.

In Ausgabe 229 mussten wir über 872 aus der Statistik verschwundene bedürftige Kinder berichten – ganz offensichtlich Ergebnis der Zahlung von Wohngeld an Kinder von Alg II-EmpfängerInnen. In Ausgabe 230 schließlich stand die Frage "Kinderwohngeld?" über einem Artikel über eine neue Sozialleistung "made in Wilhelmshaven", die inzwischen auch im Kreis Friesland und in Leer gewährt wird.

Wohngeld, so erklärte Herr Hein nun den TeilnehmerInnen an der ALI-Versammlung, war üblicherweise eine Sozialleistung, die einem Haushalt (nicht einer Einzelperson in einem Haushalt) zustand. Ausgeschlossen vom Wohngeldbezug sind EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld, die die Kosten der Unterkunft vom Job-Center erstattet bekommen. (Sie sind übrigens auch dann vom Wohngeldbezug ausgeschlossen, wenn das, was ihnen das Job-Center für die Unterkunft gewährt, ihre tatsächlichen Wohnkosten nicht deckt – aber das ist ein anderes Thema!) Als Empfänger von Hartz IV-Leistungen gelten auch "die in § 7 Abs. 3 SGB II genannten Personen, die bei der gemeinsamen Ermittlung ihres Bedarfs berücksichtigt worden sind". Und das sind z.B. "unverheiratete Kinder, soweit sie die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts **nicht** aus eigenem Einkommen und Vermögen beschaffen können". (Hervorhebung von



Der Leiter der Wohngeldstelle Herr Hein (links) und Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative Foto: privat

–noa-) Daraus folgt, dass "unverheiratete Kinder, die ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können", **nicht** als Empfänger von Alg II oder Sozialgeld gelten. Und damit können sie Wohngeld beziehen.

Vor dem Inkrafttreten von Hartz IV gab es schon einmal eine ALI-Versammlung, die sich mit dem Wohngeldgesetz befasste. Da wurde u.a. herausgearbeitet, dass eine Rentnerin, die im Haushalt von Tochter, Schwiegersohn und Enkeln wohnt, nicht zur Bedarfsgemeinschaft zählt und also evtl. wohngeldberechtigt ist. Logisch, dass auch junge Erwachsene, die noch bei den Eltern wohnen und eigenes Einkommen haben, nicht zur Bedarfsgemeinschaft im Sinne von Hartz IV zählen.

Und da liegt der Hase im Pfeffer: Bei der Wendung "unverheiratete Kinder" denkt man ja zunächst mal an junge Menschen, die verheiratet sein könnten, also an erwachsene Kinder der erwerbslosen Eltern. Wenn z. B. ein 21-Jähriger noch bei den Eltern wohnt und genügend Lohn bekommt, um seinen eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, dann fällt er aus dem beschriebenen Personenkreis heraus, zählt nicht zur Bedarfsgemeinschaft und ist wohngeldberechtigt. Sollte aber auch ein Säugling oder ein Kindergarten- oder Schulkind damit gemeint sein können?

Das konnte sich bei der ALI niemand so richtig vorstellen. Es widerspricht dem gesunden Menschenverstand, anzunehmen, dass ein Kind nicht zur Familie gehört, und sei es auch nur rechnerisch. Der Gesetzestext gibt aber genau das her.

Ein 4-Jähriges ist nicht verheiratet, und wenn es Unterhalt und Kindergeld bekommt, dann überschreitet dieses "Einkommen" u.U. schon den Hartz IV-Regelsatz für 4-Jährige, ergo ist es nicht bedürftig, ergo gehört es nicht zur Bedarfsgemeinschaft, ergo hat es Anspruch auf Wohngeld.

Soweit okay, das kann man vielleicht noch nachvollziehen. Doch die Kinder der Hartz IV-berechtigten alleinerziehenden Mütter oder Väter, die in den letzten Monaten zur Beantragung von Wohngeld für ihre Kinder aufgefordert worden waren, waren nicht alle so "wohlhabend", dass sie ihren Lebensunterhalt alleine bestreiten konnten. Da war es in vielen Fällen so, dass erst der Bezug von Wohngeld sie finanziell unabhängig machte. Ohne das Wohngeld gehörten sie also – wie die Kinder in "vollständigen" Familien auch – zur Familie. Wie können sie wohngeldberechtigt sein?

Herr Hein hat die Gesetze gründlich studiert und herausgefunden: Laut § 3 Abs. 3 SGB II ist der Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nachrangig: Erst wenn alle anderen Sozialleistungen in Anspruch genommen worden sind und man dann immer noch bedürftig ist, hat man ein Recht auf Leistungen nach dem SGB II. Wohngeld geht also vor Sozialgeld. Und so kann es sein, dass ein Familienoberhaupt gezwungen werden kann, im Namen seines/ihrer minderjährigen Kindes Wohngeld zu beantragen und dieses damit aus der Bedarfsgemeinschaft herauszurechnen. "Kinderwohngeld muss beantragt werden, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen", erklärte Herr Hein.

"Es ist also ein Zwangswohngeld", schloss Günther Kraemmer von der ALI daraus, wovon sich Herr Hein umgehend distanzierte. Während seiner ganzen Ausführungen hatte er sich immer wieder zwischendurch vergewissert, dass seine ZuhörerInnen ihm folgen konnten und sein Verständnis der Gesetze nachvollziehen konnten. Und da es alles sehr plausibel war – Gesetzestext ist nun mal Gesetzestext – nickten und murmelten sie jeweils zustimmend. Unklar blieb, warum in ganz Deutschland außer Herrn Hein niemand sonst diese Worte in den Gesetzen so verstanden hat. Er war der erste Wohngeldstellenleiter, der das Kinderwohngeld gewährte; seine Kollegen in Friesland und Leer haben es ihm nachgemacht. Wenn das so klar im Gesetz steht – warum war es dann nicht von Anfang an für die Wohngeldstellen in allen Städten klar? Diese Frage konnte Herr Hein natürlich nicht beantworten.

Dass durch die neue Praxis ("Veränderungen im operativen Geschäft" - vgl. GW 230) Kinder statistisch zum Verschwinden gebracht wurden und damit das tatsächliche Ausmaß der Kinderarmut in Wilhelmshaven verschleiert wurde, sei nicht seine Absicht gewesen, versicherte Herr Hein, und wie er kündigte auch die anderen Referenten, die allerdings mit ihren Themen wegen der unerwartet gründlichen Diskussion über das Kinderwohngeld nicht mehr so richtig zum Zuge kamen, an, dass diese Kinder aus dem statistischen Abseits zurückkehren werden. □

Jonathan



Naturkost

## Gewürz-Traum-Reisen

mit den Bio-Feinschmecker-Gewürzmischungen von Herbaria:

Wilde Hilde \* Gärten von Siam \* Neptuns Traum \* Duft der Macchia \* Kürbiskönig

Himmel auf Erden \* Große Karawane \* Ruf der Oase \* Buddhas Bauch

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438



# Heuschrecken in Aktion

## Die Jade-Mieten steigen schon wieder

(noa) Im Jahr 2000 hat die Stadt Wilhelmshaven sich durch den Verkauf ihrer Anteile an der Wohnungsbaugesellschaft Jade nicht nur eines großen Teils ihrer Schulden, sondern gleichzeitig auch ihrer Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter der Jade-Wohnungen entledigt.

Kritische Stimmen gab es damals schon genug: Der Verkauf städtischer Wohnungen an ein Wirtschaftsunternehmen bzw. an eine Unternehmensgruppe konnte nur dazu führen, dass die Mieten steigen würden und die Instandhaltung schlechter würde. Privatwirtschaftliche Unternehmen wollen eben Profit machen. Und es gab schon damals die Warnung vor Heuschrecken, die schnellen Profit machen und bald weiterziehen wollen.

So kam es auch. Die WoBau Jade ist mehrfach weiterverkauft worden und befindet sich momentan im Eigentum der australischen Investmentgesellschaft Babcock und Brown. Die vorigen Heuschrecken haben zahlreiche Wohnungen verkauft – der Erlös aus diesen Verkäufen blieb natürlich nicht in Wilhelmshaven, sondern ging in die USA. Und nicht nur dieses Geld verließ und verlässt Wilhelmshaven. Die augenblickliche Eigentümerin der Jade hat ihre eigene Handwerker- und Gärtnerfirma, die Praedia. Und Aufträge, die früher an Wilhelmshavener Unternehmen gegangen wären, gehen jetzt an die Praedia. Und natürlich können die Mieter, die jetzt schon wieder eine Mieterhöhung haben, das dafür aufzuwendende Geld nicht in Wilhelmshaven lassen. So hat der Verkauf der Jade Wilhelmshaven ärmer gemacht.

Im Moment sind Jade-Mieter im Europaviertel und im Wiesenhof von Mieterhöhung betroffen. Vor zwei Jahren gab es eine Mieterhöhung für fast die Hälfte aller Jade-Wohnungen. Die WZ hatte damals von Mietern an der Salzastraße berichtet, die sarkastisch fragten: "Welchen Gürtel sollen wir enger schnallen? Unser letzter ist schon im Pfandhaus." (WZ vom 09.12.05) Die Jade erhöht nicht alle Mieten in der ganzen Stadt gleichzeitig. Sie erhöht erst hier, dann da, und da kann sie dann auf die Miethöhe hier verweisen, um die Berechtigung der Mieterhöhung da zu erklären. Man wird sehen, in welchen Stadtteilen im nächsten oder übernächsten Jahr die Mieten steigen.

Jeweils werden die Erhöhungen gegenüber den Mietern damit begründet, dass die Miete "nicht mehr marktgerecht" sei. Doch wenn man tatsächlich marktwirtschaftliche Gesichtspunkte anwendete, müsste man auch in Rechnung stellen, dass in Wilhelmshaven massenhaft Wohnraum leersteht – auch in den Vierteln, die jetzt von der Mietpreiserhöhung betroffen sind. Laut WZ vom 21.11.07 "war Wilhelmshaven 2006 die Stadt in West-



*Früher war es einfach die Wohnungsbaugesellschaft Jade. Heute ist es eine Vielzahl von Firmen, die sich den Briefkasten am Verwaltungsgebäude in der Lessingstraße 2 teilen. Da sind einige Managergehälter zu bezahlen! Die Krüger Immobilien GmbH gehört wie die Praedia zur Barg Holding, die von der Investment-Gesellschaft Babcock & Brown mit der Immobilienverwaltung betraut ist und auf Ihrer Homepage bei ihren Kunden wie folgt wirbt: "Wir bei Barg haben für unsere Kunden ein modernes Managementkonzept entwickelt, das auch unrentable Großprojekte wieder profitabel macht." Und: "Bei all unserem Tun steht die Rentabilität an oberster Stelle, denn dabei geht es um Ihr Geld."*

deutschland mit dem höchsten Prozentsatz an leerstehenden Geschosswohnungen: 7,2 Prozent." Außerdem liegt die aktuelle Mieterhöhung mit über 10 % (nachdem dieselben Wohnungen erst 2004 um gut 16 % teurer geworden sind) weit über der aktuellen Inflationsrate. Und die Preise für Eigentumswohnungen sinken in Wilhelmshaven seit Jahren. All das wären eher marktwirtschaftliche Argumente für eine Mietsenkung. Aber die Jade hebt die Mieten an, und zwar so stark, wie es gerade noch gesetzlich möglich ist. In dem Schreiben, mit dem die neue Mieterhöhung angekündigt wird, wird darauf verwiesen, dass die §§ 558 und 558a des BGB eine Erhöhung erlauben, wenn die Miete seit mindestens 15 Monaten unverändert geblieben ist und sich innerhalb der letzten drei Jahre um nicht mehr als 20 % erhöht hat. Und nun sollen die Mieter dieser Mieterhöhung auch noch zustimmen.

Klaus Spies, Jade-Mieter im Europaring, hat den Brief der Jade beantwortet, seinen Vermieter auf das marktwirtschaftliche Gesetz von der Nachfrage, die den Preis bestimmt, hingewiesen und freundlich um eine geringere Erhöhung gebeten. Die Antwort der Jade ging auf seine Argumente nicht ein, zeigte aber deutlich, wo's langgeht: "Wir bitten Sie daher nochmals, uns Ihre Zustimmung zur Mieterhöhung bis zum 31.12.2007 zu erteilen, da wir ansonsten nur die Möglichkeit haben, Ihre Zustimmung durch das Gericht ersetzen zu lassen." So einfach ist das.

Damals beim Verkauf der WoBau Jade war der Jubel groß: Die Stadt war (fast) schuldenfrei. Und OB Menzel versprach, dass die Mieter nicht ausgeplündert werden würden – für die erste Zeit jedenfalls. Diese "erste Zeit" ist schnell vorbeigegangen. Angesichts von Jade-Mietern, deren Renten nahe am Existenzminimum liegen oder die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen, wird die Stadt Wilhelmshaven sich früher oder später wieder für die WoBau Jade interessieren müssen. □

# Mütter Zentrum

Wertstr. 45  
Tel. 506 106

## Weihnachtsstress?

*Dürfen wir sie entlasten?*

**Wir bügeln ihre Wäsche und sie finanzieren darüber unsere sozialen Projekte!**

**Für 20 Kleidungsstücke nehmen wir nur 5.-€!**

**Sie finden uns im Secondhand-Shop Für Mutter und Kind**

**Wertstrasse 48  
Öffnungszeiten:  
Dienstag, Mittwoch u.  
Donnerstag  
Jeweils  
10.00 bis 18.00 Uhr**

**Öffnungszeiten  
Café MüZe:**

Montag - Freitag  
9.30 - 12.30 Uhr  
Mittwoch auch  
15.00 - 18.00 Uhr



## Die ALI

muss momentan - wie alle Jahre wieder, wenn es auf Weihnachten zugeht - zahlreiche Ratsuchende unversorgt lassen. Werner Ahrens ist mal wieder "geringfügig beschäftigt", weil die ALI kein Geld mehr für seinen Lohn hat.

Diese Situation ist seit 2005 die bittere Realität der ALI. Bis 2004 gab es FAS, die Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, angesiedelt beim Niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Dieses Programm ermöglichte der ALI die Beschäftigung von zwei Sozialberatern. Es gab 22.000 Euro pro Stelle, wovon 2.500 Euro für Sachmittel vorgesehen waren.

Die Landesregierung nutzte die Einführung von Hartz IV als Anlass zur Streichung des FAS-Programms, weil ab 2005 die Job-Center auch für die Sozialberatung der Erwerbslosen zuständig sein sollten. Dass eine Behörde für die Hilfestellung ggfs. gegen ihre eigene Bescheide zur Verfügung stehen soll, ist genauso fragwürdig wie die Tatsache, dass die Job-Center die Widersprüche gegen ihre Bescheide selber bearbeiten und bescheiden dürfen.

Für die ALI bedeutete die Streichung des FAS-Programms, dass sie sich von einem ihrer Berater trennen musste. Ernst Taux arbeitet, nun eben ehrenamtlich, dankenswerterweise weiterhin für die Interessen der ALI-Mitglieder und -Klienten. Aber es zeigt sich an jedem Beratungstag, dass es vorne und hinten nicht reicht. Werner Ahrens ist hinter den Aktenstapeln auf seinem Schreibtisch kaum noch zu sehen, und an jedem Beratungstag gehen viele, die ein Anliegen haben, unverrichteter Dinge wieder weg.

7.500 Euro von der Stadt Wilhelmshaven und

7.500 Euro vom Kreis Friesland müsste die ALI jährlich als Zuschuss bekommen, um den Bedarf an Sozialberatung für Erwerbslose in ihrem Arbeitsgebiet decken zu können. Aber entsprechende Anträge wurden bislang regelmäßig abgelehnt. (noa)



## Jugendliche ohne Grenzen wählen den besten Abschiebeminister 2007

Alle Innenminister hatten gute Chancen auf den Titel, denn die Abschiebepaxis der Bundesrepublik ist nach wie vor unmenschlich und steht im krassen Widerspruch zu den Kinder- und Menschenrechten, und viel zu wenige haben trotz Bundestagsbeschluss ein Bleiberecht erhalten.

Die Auszeichnung geht dieses Jahr an den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann, der damit Günther Beckstein ablöst. Ausschlaggebend für seine Wahl waren folgende Kriterien: Uwe Schünemann setzte sich zusammen mit seinem Amtsvorgänger Günther Beckstein für eine "Duldung zur Arbeitsplatzsuche" als Grundlage der von der Innenministerkonferenz im November 2006 verabschiedeten Bleiberechtsregelung ein. Damit verschärfte sich die Situation vieler bleibeberechtigter Flüchtlinge.

Außerdem wurden für die Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung, die die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nun zunächst er-

möglicht, in Niedersachsen äußerst restriktive Vorgaben gemacht. Die Landesregierung hat eine ganze Liste von Ausschlussgründen erarbeitet. So sollen zum Beispiel Flüchtlinge, die ihren Pass nicht rechtzeitig vorgelegt oder sich nicht eigeninitiativ um die Beschaffung von Abschiebungspapieren bemüht haben, ausgeschlossen werden.

Was zusätzlich für die Wahl von Uwe Schünemann zum "Besten Abschiebeminister 2007" sprach, war seine erfolgreiche Behinderung der Arbeit der Härtefallkommission. Seit ihrer Konstitution im September 2006 hat die Kommission in Niedersachsen lediglich über neun Anträge entschieden!

Als Auszeichnung für diese Verdienste um das Bleiberecht verliehen die Jugendlichen ohne Grenzen JoG dem Besten Abschiebeminister 2007 Uwe Schünemann am 06.12.2007 die "Goldene Rute". (hk/Jugendliche ohne Grenzen)

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

### Anzeige

## linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

### Die LAW unterstützt bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 DIE LINKE.Niedersachsen und ihre Direktkandidatin Anette Nowak.



#### Anette Nowak:

*DIE LINKE. wird die Stimme des sozialen Gewissens sein, die im Niedersächsischen Landtag bislang fehlt. Sie wird nach ihrem Einzug in den Landtag sofort eine parlamentarische Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8 Euro aufwärts ergreifen.*

*Sie wird die Forderung nach gleicher, kostenloser Bildung für alle vom*

*Kindergarten bis zur Uni mindestens einmal im Jahr auf die Tagesordnung von Plenumsdiskussionen stellen und das Projekt der Integrierten Gesamtschule für alle bis Klasse 10 in die Debatte einbringen.*

*Sie wird den Landtag zum Ort machen, an dem über sozial gerechte Einkommenspolitik diskutiert wird und deshalb auch Steuererhöhungen für die Vermögenden und für Großunternehmen thematisiert werden.*

*Sie wird Initiativen für zusätzliche menschenwürdige Arbeitsplätze, qualifizierte Ausbildungsplätze und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ergreifen.*

*Sie wird die Gleichstellung von Frauen in Politik, Arbeitswelt, Bildung, Sozialsystemen und Öffentlichkeit zum zentralen Thema machen.*

*Sie wird ein Landeswohnungsbauprogramm auf die Tagesordnung setzen, damit die Mieten bezahlbar werden.*

*Sie wird für Umwelt, Energie, Verkehr und Landwirtschaft einen Richtungswechsel fordern, damit die Ziele zum Schutz des Klimas tatsächlich erreicht werden können und damit Niedersachsen nicht zum Atomklo Deutschlands gemacht wird.*

*Sie wird die menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und MigrantInnen einklagen. Sie wird jedem weiteren Abbau demokratischer Rechte entschiedenen Widerstand entgegensetzen.*



# Wahlkampf im GaM

## Wulf gegen Klare – die anderen Diskutanten waren eher schmückendes Beiwerk

(noa) Die Informationsveranstaltung des Stadtteilerrates am 21. November in der Aula des Gymnasiums am Mühlenweg "geriet in erster Linie zu einem Wahlkampf-Scharmützel", wie Ursula Große Bockhorn in der WZ vom 23.11. schrieb. Die Direktkandidaten der schon im Landtag vertretenen Parteien und die Bildungsexperten dieser Parteien saßen ordentlich verteilt auf dem Podium: In der Mitte saß der StER-Vorsitzende Bernd Rahlf, rechts von ihm (vom Publikum aus gesehen), CDU und FDP, links SPD und Grüne. Und der Reihe nach durften sie alle etwas sagen.

Wolfgang Wulf (SPD) erwies sich als guter Lehrer. Sein Vortrag über die "gemeinsame Schule", die die SPD neuerdings im Programm stehen hat (vor fünf Jahren wollte sie noch etwas ganz anderes), war begeistert-begeistert. Alles wird gut, wenn die SPD an die Regierung kommt! Die gemeinsame Schule wird eingeführt für die, die sie wollen, lautete die Botschaft. Karl-Heinz Klare (CDU) erwies sich als eifriger Belehrer. Er war zu spät gekommen und hatte Wulfs Vortrag nicht gehört, doch er begann seinen Beitrag mit den Worten: "Was Herr Wulf Ihnen eben vorgetragen hat..." Naja, es war wohl nicht die erste Veranstaltung dieser Art für die Beiden, da muss man sich gegenseitig nicht mehr zuhören, um zu wissen, was der jeweils Andere sagt. Klare jedenfalls schwenkte immer wieder das Wahlprogramm der SPD und bot es den Pressevertretern an, damit sie schwarz auf weiß nachlesen können sollten, dass Wulf log: Die SPD wolle die gemeinsame Schule eben nicht als Angebot, sondern bis 2012 oder so flächendeckend, also die Gymnasien abschaffen!

Die Aufforderung an Werner Biehl, den Wilhelmshavener Direktkandidaten der Grünen (er allein war ohne landespolitische Verstärkung da), das finnische Modell zu erläutern, sollte wohl dazu dienen, ihn von vorneherein lächerlich zu machen (ein, zwei Menschen aus dem Publikum begannen auch zu kichern, und einer stöhnte sogar leise "nicht schon wieder".) Aber er erklärte sehr gut, dass und warum eine gemeinsame Beschulung aller Kinder über 10 Schuljahre besser ist als ihre frühzeitige Aufteilung.

Susanne Bauermeister (FDP) musste die landespolitische Unterstützung noch länger als Uwe Biester (CDU) entbehren und sich alleine schlagen. Sie versuchte es wacker und ertete mehrere Male Unmut (als sie behauptete, Eltern schickten ihre Kinder zur IGS, damit sie ein Mittagessen bekommen, oder als sie sagte, es drängten hauptsächlich Kinder mit Hauptschulempfehlung in die Gesamtschulen, nicht aber erklären konnte, warum dann so viele GesamtschülerInnen am Ende den Realschulabschluss oder das Abitur schaffen) und Gelächter (als sie erläuterte, im dreigliedrigen Schulsystem gäbe es für jedes Kind, das in der Schule Schwierigkeiten habe und überfordert sei, eine andere Schule, auf die es ausweichen könne, während ein in einer gemeinsamen Schule überfordertes Kind nirgendwo anders hinkönne – "Das hängt dann dort fest"). Als alle Podiumsteilnehmer ihren Beitrag geleistet hatten, hofften die Menschen im Publikum, unter ihnen die Direktkandidatin der Linken, auch endlich etwas sagen zu können, doch dann begann die Diskussion auf dem Podium von Neuem. Wulf und Klare gingen in eine zweite und in eine dritte Runde, die ZuhörerInnen scharrten ungeduldig mit den Hüften, und für ihre Fragen und Forderungen blieben am Ende nur einige wenige Minuten.

Die Direktkandidatin der Linken äußerte ihre Freude darüber, dass die Forderung nach der Integrierten Gesamtschule für alle nun auch bei der SPD angekommen ist, die zur letzten Landtagswahl sich noch mit Förderstufen an den drei weiterführenden Schulformen begnügt hatte. Sie erhielt ganz unerwartet Schützenhilfe von Michael von Teichman, der die SPD-Vertreter fragte, warum sie ihr Modell in den 13 Jahren ihrer Regierung nicht eingeführt habe. "Da haben wir einen Fehler gemacht", gab Norbert Schmidt zu.

Eine Mutter sagte, an die rechte Seite des Podiums gewandt, sie hätte die gepriesene Wahlfreiheit nicht gehabt, denn ihr Kind sei an der IGS nicht angenommen worden. Karl-Heinz Klare bewies in seiner Antwort, dass er ihr nicht zugehört hatte – er nannte das nämlich "schön".

Die Bürgeraktion für die Gründung einer Integrierten Gesamtschule im Kreis Friesland hatte den Anlass genutzt, um Unterschriften für ihr Anliegen zu sammeln. Die Veranstaltung hat also etwas gebracht. □

# KLIMA OHNE WENN UND ABER.

## JETZT. FÜR MORGEN.



## Veranstaltungen zu den geplanten Kohlekraftwerken

➔ **Mittwoch 19. Dezember 2007 - 19.30 Uhr - Kaisers Hotel**

**Frau Ing. Valerie Wilms** aus Schleswig Holstein stellt die im Auftrag der Grünen Niedersachsen erstellte Studie "Klimaszenario für Niedersachsen" vor. Die für Schleswig-Holstein erstellte Studie ist schon veröffentlicht.

**Frau Dr. Gisela Gerdas**, am Südstrand lebende Meeresbiologin und Wissenschaftlerin, befasst sich mit der zu erwartenden *Erwärmung des Jadebusens* und den zu erwartenden massiven Veränderung des gesamten Habitats.

Angefragt sind ein pleite gegangener **Fischer aus Varel** (gibt es Zusammenhänge zwischen der zu erwartenden Erwärmung des Jadebusens und der Einleitungspraxis des Abwassers am Südstrand?) und ein **Mitnutzer der Banter Hütten** am Deich (mit eben der gleichen Frage).

**Moderation: Werner Biehl, grüner Bürgermeister**

\*

➔ **Montag 7. Januar 2008 - 19.30 Uhr - Kaisers Hotel**

**Stefan Wenzel**, Fraktionsvorsitzender der grünen Fraktion in Hannover: "Klimaschutz ade? Alternativen zur Kohleverstromung".

**Klaus Pritzel**, Vorstandsmitglied des BUND, Landesverband Bremen, "Von Bremen lernen - Wie ein neues Kohlekraftwerk in Bremen verhindert wurde".

**Nadja Ziebarth** (angefragt), Auswirkungen der Wärmeeinleitung in die Jade

**Moderation: Werner Biehl, grüner Bürgermeister**

\*

➔ **Freitag 18. Januar 2008 - 19.30 - Kaisers Hotel**

**Reinhard Loske**, Bremer Senator für Umwelt und Leiter bzw. Mitglied mehrer Arbeitskreise der grünen Fraktion in Berlin, "Regenerative Energie - Zukunft und Jobmotor für die BRD/Europa"

**Moderation: Werner Biehl, grüner Bürgermeister**



## Bürgerbegehren Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheids nach § 22 b NGO zu folgender Frage:

*“Sind sie dafür, dass der Rat der Stadt Wilhelmshaven eine Bürgerbefragung nach § 22 d NGO durchführt, um ein Meinungsbild der Bürger zum Neubau von Kohlekraftwerken in Wilhelmshaven zu erhalten?”*

Begründung: Bevor in Wilhelmshaven bis zu vier neue Kohlekraftwerke gebaut werden, sollen die Bürger der Stadt Wilhelmshaven ihre Haltung zum Neubau von Kohlekraftwerken in einer Bürgerbefragung kund tun dürfen.

Kostendeckungsvorschlag: Durch die Einholung eines Meinungsbildes nach § 22 d NGO entstehen keine Kosten.

Als Vertretungsberechtigte werden benannt:

1. Heike Coldewey; Rüstersieler Str. 77; 26386 Wilhelmshaven
2. Hans Sternberger; Ölhafendamm 42; 26384 Wilhelmshaven
3. Peter Sokolowski; Blaue Balje 16; 26386 Wilhelmshaven

Hinweis: Bitte lesbar schreiben! Gültig sind nur Unterschriften von in Wilhelmshaven Wahlberechtigten!

| Nr | Name | Vorname | Geburtsdatum | Straße | PLZ  | Ort           | Unterschrift | Bemerkung der Behörde |
|----|------|---------|--------------|--------|------|---------------|--------------|-----------------------|
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |
|    |      |         |              |        | 2638 | Wilhelmshaven |              |                       |